

**Sozial. Gerecht.**

**Antifaschistisch.**

**Unser Wahlprogramm**

**Die Linke**

**Mecklenburg-  
Vorpommern**

1		
2	<b>1</b>	<b>Inhaltsverzeichnis</b>
3	1.	Gute Bildung – Gutes Leben ..... 3
4	2.	Wohnen – sozial, nachhaltig, gerecht ..... 5
5	3.	Demokratie und Zusammenhalt – Gemeinsam stark für eine offene Gesellschaft ..... 7
6	4.	Finanzen – solidarisch, handlungsfähig, demokratisch ..... 10
7	5.	Arbeit, Wirtschaft und Energie – gute Arbeit, Innovation, regionale Stärke ..... 12
8	6.	Kinder- und Jugendpolitik – Chancengerechtigkeit, Teilhabe und Gesundheit ..... 15
9	7.	Soziales – Ein starker Sozialstaat für ein gutes Leben ..... 17
10	8.	Gleichstellung – konsequent voranbringen ..... 23
11	9.	Hochschule und Wissenschaft – demokratisch und gemeinwohlorientiert ..... 31
12	10.	Gesundheit – ein starkes Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern ..... 33
13	11.	Inneres – Freiheits und Bürger:innenrechte im Fokus ..... 37
14	12.	Verkehr und Mobilität – für alle Menschen erreichbar, sicher und nachhaltig ..... 39
15	13.	Klima-, Natur und Umweltschutz – sozial, gerecht, wirksam ..... 41
16	14.	Landwirtschaft, Forst und Fischerei – nachhaltig und regional ..... 44
17	15.	Justiz – gerecht, bürgernah, solidarisch und zukunftsfest ..... 48
18	16.	Kommunen und Landesentwicklung – Selbstverwaltung, Transparenz und lebendige
19		Gemeinden ..... 51
20	17.	Kunst und Kultur – verlässlich fördern, Vielfalt sichern ..... 53
21	18.	Digitales und Medien – gerecht, frei und demokratisch ..... 55
22	19.	Verbraucherschutz – starke Rechte für alle ..... 58
23	20.	Europa als Raum für Frieden, Kultur und Wissenschaft ..... 59
24		
25		

# 26 **Sozial. Gerecht. Antifaschistisch.**

27 Fünf Jahre lang haben wir in Mecklenburg-Vorpommern regiert – mit klarer Haltung, mit  
28 Mut zu Entscheidungen und mit dem festen Anspruch, Politik für die Menschen zu  
29 machen, nicht für wenige Privilegierte. In dieser Zeit haben wir viel erreicht: für Familien,  
30 für Beschäftigte, für soziale Sicherheit und für mehr Gerechtigkeit im Alltag. Darauf sind  
31 wir stolz. Aber wir wissen auch: Es bleibt noch viel zu tun.

32 Denn unser Land steht an einem Wendepunkt. Viele Menschen spüren Unsicherheit –  
33 steigende Preise, knapper Wohnraum, Druck im Alltag, Sorgen um die Zukunft.  
34 Gleichzeitig erleben wir, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt unter Druck gerät und  
35 demokratische Werte angegriffen werden. Gerade jetzt braucht es eine Politik, die nicht  
36 ausweicht, sondern Haltung zeigt. Eine Politik, die schützt, stärkt und zusammenführt.

37 Wir glauben an ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem alle Menschen ein gutes Leben  
38 führen können. Ein Land, in dem Kinder unabhängig von ihrer Herkunft faire Chancen  
39 haben. In dem Arbeit gut bezahlt wird und zum Leben passt. In dem Wohnen bezahlbar  
40 ist und Gesundheit keine Frage des Geldbeutels. In dem gleichwertige Lebensverhältnisse  
41 in Stadt und Land verwirklicht werden. Und in dem niemand Angst haben muss,  
42 ausgegrenzt zu werden.

43 Unsere Politik ist getragen von der Überzeugung, dass Solidarität unsere größte Stärke  
44 ist. Dass ein starker Sozialstaat Freiheit ermöglicht. Dass Demokratie mehr ist als ein  
45 Kreuz auf dem Wahlzettel – sie lebt vom Mitmachen, vom Einmischen, vom  
46 Zusammenhalt im Alltag. Und sie braucht eine klare, unmissverständliche Haltung gegen  
47 Hass, Ausgrenzung und Rechtsextremismus. Antifaschismus ist für uns Verantwortung –  
48 jeden Tag.

49 Wir haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Veränderung möglich ist, wenn man  
50 sie wirklich will. Als demokratisch-sozialistische Partei wollen wir einen Gegenentwurf  
51 zu einem herrschenden System formulieren, das die Interessen der Vielen hinter die  
52 Profite weniger stellt. Und dass es sich lohnt, für Gerechtigkeit zu kämpfen. Diesen Weg  
53 gehen wir weiter – entschlossen, verlässlich und an der Seite der Menschen.

54 Dieses Programm ist unser Versprechen: Wir hören zu, wir organisieren Hoffnung, wir  
55 verändern. Für ein Mecklenburg-Vorpommern, das sozialer, gerechter und zukunftsfester  
56 ist. Für ein Land, das zusammenhält.

57 **Sozial. Gerecht. Antifaschistisch.**

## 58 **1. Gute Bildung – Gutes Leben**

59 Gute Bildung ist die Grundlage für ein gutes Leben. Sie entscheidet über Chancen, über  
60 Teilhabe und darüber, wie selbstbestimmt Kinder und Jugendliche ihren Weg gehen  
61 können. Deshalb machen wir uns stark für Förderung, Erziehung und Bildung der Kinder  
62 und Jugendlichen. In den vergangenen Jahren haben wir wichtige Schritte hin zu mehr  
63 Chancengerechtigkeit gemacht. Mecklenburg-Vorpommern gehört heute bundesweit zu  
64 den Ländern mit den besten Voraussetzungen für chancengleiche Bildung. Das ist ein  
65 Erfolg, auf dem wir aufbauen. Gleichzeitig wissen wir: Gute Bildung ist kein Zustand,  
66 sondern eine dauerhafte Aufgabe.

67 Noch immer erleben Kinder und Jugendliche Brüche in ihren Bildungsbiografien – beim  
68 Übergang von der Kita in die Schule, von der Schule in Ausbildung oder Studium. Genau  
69 hier setzen wir an. Wir wollen diese Übergänge als verlässliche Brücken gestalten, die  
70 Sicherheit geben, Orientierung bieten und individuelle Entwicklung ermöglichen.

71 Unser Anspruch ist klar: Jedes Kind soll die Unterstützung bekommen, die es braucht.  
72 Unabhängig von Herkunft, Wohnort oder den finanziellen Möglichkeiten der Eltern. Wir  
73 wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen ihre Potenziale entfalten, einen anerkannten  
74 Schulabschluss erreichen und gut vorbereitet ihren weiteren Lebensweg gehen können.  
75 Bildung ist mehr als Wissen – sie ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und  
76 zu einer gerechteren Gesellschaft. Es ist die Zukunft der Kinder und Jugendlichen, die wir  
77 gestalten.

### 78 **Wir wollen:**

- 79 • Ein 300-Millionen-Euro Bildungspaket auf den Weg bringen, um Personal und  
80 individuelle Förderung zu stärken. Denn gute Bildung braucht Zeit, gute  
81 Bedingungen und Menschen, die sie tragen.
- 82 • Einen Bildungsfrieden verhandeln, damit insbesondere durchgängige  
83 Bildungsbiographien, sichere Schulstandorte, gute Arbeitsbedingungen und  
84 zuverlässige Unterrichtsversorgung sichergestellt werden.

85

### 86 **Gute Bildung beginnt in der Kita**

87 Die Kita ist der erste Bildungsort im Leben eines Kindes. Hier entstehen die Grundlagen  
88 für Sprache, soziale Kompetenzen und Selbstvertrauen. Frühkindliche Bildung  
89 entscheidet maßgeblich über den weiteren Bildungsweg und ist der Schlüssel für echte  
90 Chancengerechtigkeit. Mit dem Erhalt der Beitragsfreiheit haben wir wichtige

91 Voraussetzungen geschaffen. Doch gute Bildung braucht mehr: Zeit für jedes Kind,  
92 bessere Rahmenbedingungen und gezielte Förderung.

93 **Wir wollen:**

- 94 • Die Beitragsfreiheit in der Kita erhalten und Qualitätsverbesserungen beginnend  
95 in Krippe und Hort, da die Bedarfe dort am drängendsten sind.
- 96 • Eine Garantie für eine wohnortnahe Tagesbetreuung für jedes Kind
- 97 • Kleinere Gruppen, insbesondere eine schrittweise Absenkung der Gruppengröße  
98 in der Krippe auf je 4 Kinder pro Gruppe und im Hort je 18 Kinder pro Gruppe.
- 99 • Flächendeckende Sprachstandsfeststellungen bei den viereinhalbjährigen  
100 Kindern und eine verbesserte Sprachförderung durch zusätzliche  
101 Sprachfachkräfte.
- 102 • Die Einrichtung von Startchancen-Kitas durch den Bund erwirken.
- 103 • Profil-Kitas wie Schwimm-Starter-Kitas und Niederdeutsch-Kitas stärken.
- 104 • Ein verbindliches Vorschuljahr für einen gelingenden Übergang in die Schule  
105 einführen.

106

107 **Gute Bildung durch mehr Personal**

108 Gute Bildung entsteht dort, wo ausreichend Zeit, Unterstützung und verlässliche  
109 Strukturen vorhanden sind. Lehrkräfte können ihren Bildungsauftrag nur dann gut  
110 erfüllen, wenn sie entlastet werden. Schule ist heute mehr als Unterricht – sie braucht  
111 multiprofessionelle Zusammenarbeit, um allen Kindern gerecht zu werden. Deshalb  
112 wollen wir die Schulen mit mehr Personal und multiprofessionelle Teams stärken.

113 **Wir wollen:**

- 114 • 500 zusätzliche Alltagshilfen in der Schule.
- 115 • 100 zusätzliche Verwaltungsfachkräfte in der Schule.
- 116 • 100 zusätzliche Psycholog:innen in der Schule.
- 117 • 300 zusätzliche unterstützende pädagogische Fachkräfte in der Schule.
- 118 • 2000 zusätzliche Anrechnungsstunden für Schulleitungen, unter anderem zum  
119 Einsatz einer zweiten Stellvertretung oder Erhöhung der Anrechnungsstunden für  
120 tätige Schulleitungen.
- 121 • 950 zusätzliche Lehrkräftestellen, um die Unterrichtsverpflichtung zu senken.

122

123

124 **Gute Schule durch bessere Arbeitsbedingungen**

125 Neben ausreichendem Personal braucht gute Schule mehr Zeit für pädagogische Arbeit, klare  
126 Strukturen und gezielte Unterstützung im Alltag. Um Unterricht zu verbessern,  
127 individuelle Förderung zu ermöglichen und den steigenden Anforderungen gerecht zu  
128 werden, braucht es konkrete Entlastungen und bessere Rahmenbedingungen.

129 Deshalb entwickeln wir Schule konsequent weiter – mit mehr Zeit, besseren  
130 Entwicklungsmöglichkeiten und starken Unterstützungsangeboten.

131 **Wir wollen:**

- 132 • Schulsozialarbeit an jeder Schule.
- 133 • Die Unterrichtsverpflichtung an allen Schularten schrittweise auf 25  
134 Wochenstunden absenken.
- 135 • Das medienpädagogische Zentrum personell ausbauen, um Unterrichtsangebote  
136 der Medienbildung zu stärken.
- 137 • Beförderung ersetzende Höhergruppierungen an Grund- und Regionalschulen  
138 einführen.
- 139 • Eine Klassenleiterstunde an beruflichen Schulen einführen.

140

141 **2. Wohnen – sozial, nachhaltig, gerecht**

142 Wohnen ist ein Grundrecht. Bezahlbarer, qualitativ guter Wohnraum ist Voraussetzung  
143 für soziale Teilhabe, stabile Gemeinschaften und eine lebendige Gesellschaft. Die Linke  
144 Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, dass niemand aufgrund hoher Mieten,  
145 leerstehender Gebäude oder fehlender Infrastruktur zurückgelassen wird. Unser Ziel ist  
146 ein Wohnungswesen, das sozial, ökologisch und bürgernah gestaltet ist.

147

148 **Wohnen als Grundrecht sichern**

149 Bezahlbarer Wohnraum ist Voraussetzung für soziale Sicherheit und Teilhabe.  
150 Angemessen zu wohnen darf nicht von Einkommen, Altersgruppe oder Lebenssituation  
151 abhängen. Wir wollen, dass Wohnraum allen offensteht und soziale Spaltung vermieden  
152 wird.

153 **Wir wollen:**

- 154 • Eine Bundesratsinitiative starten, um Wohnen als Grundrecht im Grundgesetz zu  
155 verankern.

- 156 • Wohnkosten für niedrige und mittlere Einkommen dauerhaft unter 30 % des  
157 Haushaltseinkommens halten.
- 158 • Einen bundesweiten Mietendeckel für Orte mit angespanntem Wohnungsmarkt  
159 unterstützen und eine wirksame Reform der Mietpreisbremse anstoßen.
- 160 • Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau reformieren und attraktiver  
161 gestalten.
- 162 • Barrierefreie, generationenübergreifende und gemeinschaftliche Wohnformen  
163 stärken.
- 164 • Barrierefreiheit verbindlich in die Aus- und Weiterbildung planender Berufe  
165 aufnehmen.
- 166 • Mehr Wohnheimplätze für Studierenden und Auszubildende schaffen und die  
167 Mittel aus dem Bundesförderprogramm „Junges Wohnen“ dafür zielgerichtet  
168 einsetzen.

169

## 170 **Wohnungsunternehmen und Bodenpolitik**

171 Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen sind zentrale Akteure für  
172 stabiles, bezahlbares Wohnen. Sie sichern langfristig die Versorgung und verhindern  
173 übermäßige Marktabhängigkeit. Gleichzeitig müssen Bodenpolitik und Mieterschutz  
174 wirksam gestaltet werden.

### 175 **Wir wollen:**

- 176 • Die wirtschaftliche Stabilität kommunaler und genossenschaftlicher  
177 Wohnungsunternehmen sichern und Privatisierungen verhindern.
- 178 • Altschulden konsequent abbauen und Mittel bereitstellen.
- 179 • Landes- und kommunale Flächen vor Privatisierung schützen und für sozialen  
180 Wohnungsbau sichern.
- 181 • Die Einrichtung einer landeseigenen Wohnungsgesellschaft prüfen.
- 182 • Kommunen bei der Einführung von Mietspiegeln unterstützen.

183

## 184 **Zukunftsfähige Baukultur**

185 Baukultur stiftet Identität, prägt das Lebensumfeld und ist ein Standortfaktor.  
186 Landesentwicklung ist mehr als Planung – sie ist Gestaltung, die soziale, ökologische und  
187 wirtschaftliche Interessen verbindet. Nachhaltiges und klimagerechtes Bauen ist dabei  
188 zentral.

189 **Wir wollen:**

- 190 • Die Landesbauordnung weiterentwickeln – weniger Bürokratie, mehr  
191 Nachhaltigkeit, mehr Spielräume für bezahlbares Bauen.
- 192 • Das baukulturelle Erbe sichern und qualitative Standards für alle Bauvorhaben  
193 stärken.
- 194 • Daseinsvorsorge an Erreichbarkeit statt Verwaltungsgrenzen ausrichten,  
195 inklusive mobiler, digitaler und kooperativer Lösungen.

### 196 **3. Demokratie und Zusammenhalt – Gemeinsam stark für eine offene Gesellschaft**

197 Demokratie lebt von Beteiligung, Vertrauen und einer aktiven Zivilgesellschaft. In Zeiten  
198 wachsender gesellschaftlicher Spannungen, zunehmender Polarisierung und  
199 erstarkender antidemokratischer Kräfte ist es wichtiger denn je, demokratische  
200 Strukturen zu stärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv zu fördern.  
201 Mecklenburg-Vorpommern braucht eine Politik, die Menschen ermutigt, sich  
202 einzubringen, die Transparenz schafft und die demokratische Kultur im Alltag verankert.  
203 Für Die Linke ist klar: Demokratie endet nicht an der Wahlurne. Sie muss im Alltag  
204 erlebbar sein – durch politische Bildung, gesellschaftliches Engagement und eine starke  
205 Zivilgesellschaft. Gleichzeitig braucht es eine klare Haltung gegen jede Form von  
206 Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus.

207

#### 208 **Politische Bildung und demokratische Teilhabe stärken**

209 Demokratische Teilhabe setzt Wissen, Kompetenzen und Zugänge voraus. Politische  
210 Bildung ist daher ein zentraler Schlüssel für eine lebendige Demokratie. Sie befähigt  
211 Menschen, sich eine eigene Meinung zu bilden, gesellschaftliche Entwicklungen kritisch  
212 zu hinterfragen und sich aktiv einzubringen. Damit alle Menschen – unabhängig von Alter,  
213 Herkunft oder sozialem Status – an demokratischen Prozessen teilhaben können, müssen  
214 Angebote der politischen Bildung gestärkt, modernisiert und zugänglicher gestaltet  
215 werden.

216 **Wir wollen:**

- 217 • Ausbau von Angeboten zur Stärkung demokratischer Kompetenzen und  
218 politischer Teilhabe in allen Altersgruppen.
- 219 • Eine bessere Ausfinanzierung der Landeszentrale für politische Bildung.

- 220 • Förder- und Antragsrichtlinien überarbeiten, insbesondere Anpassung der  
221 Honorarsätze und bessere Förderung von Beteiligungsformaten.

222

### 223 **Zivilgesellschaft stärken und Demokratie langfristig sichern**

224 Eine starke Demokratie braucht eine engagierte Zivilgesellschaft, die sich für Vielfalt,  
225 Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzt. Initiativen, Vereine und  
226 Projekte leisten tagtäglich wichtige Arbeit gegen Ausgrenzung und für demokratische  
227 Werte. Diese Arbeit benötigt verlässliche Rahmenbedingungen, Schutz vor politischer  
228 Einflussnahme und langfristige Planungssicherheit.

#### 229 **Wir wollen:**

- 230 • Demokratieprogramme schützen und langfristig absichern.  
231 • Verlängerung der Laufzeiten von Förderprojekten, um nachhaltige Strukturen und  
232 Planungssicherheit zu gewährleisten.  
233 • Die Stärkung und langfristige Absicherung zivilgesellschaftlicher Initiativen und  
234 Netzwerke der Demokratieförderung.

235

### 236 **Resilienz des Rechtsstaats stärken**

237 Der Rechtsstaat muss wehrhaft, sozial verankert und institutionell belastbar sein. Er  
238 schützt nicht nur Rechte einzelner Personen, sondern bewahrt die Demokratie insgesamt.  
239 Angriffe auf den Rechtsstaat kommen oft schleichend: durch Einschüchterung,  
240 Delegitimierung staatlicher Institutionen, digitale Desinformation und Bedrohungen für  
241 Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

#### 242 **Wir wollen:**

- 243 • Die Justiz personell und organisatorisch so stärken, dass sie auch in Krisen- und  
244 Belastungslagen handlungsfähig bleibt.  
245 • Richter:innen, Staatsanwält:innen und Justizvollzugsbedienstete besser vor  
246 Bedrohungen, Einschüchterung, Hasskampagnen und Angriffen schützen.  
247 • Präventions- und Schutzkonzepte gegen extremistische Einflussnahme,  
248 demokratiefeindliche Netzwerke und menschenfeindliche Ideologien  
249 weiterentwickeln.  
250 • Politische Bildung, verfassungsrechtliche Grundkenntnisse und  
251 Demokratiesensibilität in Ausbildung, Fortbildung und Führungskultur stärken.

- 252 • Institutionelle Unabhängigkeit von Gerichten und Staatsanwaltschaften absichern  
253 und sie vor sachfremden politischen Einflussnahmen schützen.
- 254 • Sichtbarkeit des Rechtsstaats in ländlichen Räumen sicherstellen, denn  
255 demokratisches Vertrauen lebt von konkreter Präsenz.
- 256 • Hasskriminalität und diskriminierende Straftaten konsequent bekämpfen und  
257 Präventionsarbeit mit Opferschutz verzahnen.

258

### 259 **Extrem rechte Strukturen bekämpfen**

260 Rechtsextremismus ist eine der größten Bedrohungen für Demokratie und  
261 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er äußert sich in Gewalt, Hetze, Einschüchterung und  
262 dem Versuch, demokratische Institutionen zu unterwandern. Eine konsequente  
263 Bekämpfung dieser Strukturen erfordert eine klare antifaschistische Haltung,  
264 entschlossenes staatliches Handeln und eine starke Unterstützung der Zivilgesellschaft.

#### 265 **Wir wollen:**

- 266 • Stärkung zivilgesellschaftlicher Bündnisse, Netzwerke und Fachstellen der  
267 Demokratieförderung (z. B. LpB, Regionalzentren, LOBBI, Bidaya, Exit).
- 268 • Ein Landesdemokratiefördergesetz etablieren und den Handlungsrahmen von  
269 „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ weiterentwickeln.
- 270 • Menschen die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen effektiv  
271 schützen.
- 272 • Konsequentes Vorgehen gegen militant-rechte Netzwerke, einschließlich Prüfung  
273 von Verboten und Entwaffnung von Neonazis.
- 274 • Ein Verbotsverfahrens gegen die AfD durch das Bundesverfassungsgericht  
275 mitinitiiieren.
- 276 • Den 8. Mai als gesetzlicher Feiertag einführen - als Zeichen antifaschistischer  
277 Erinnerung und demokratischer Werte.

278

279

#### 280 **4. Finanzen – solidarisch, handlungsfähig, demokratisch**

281 Finanzpolitik ist kein Selbstzweck, sondern das zentrale Steuerungsinstrument eines  
282 Landes, um soziale Gerechtigkeit, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Klimaschutz zu  
283 sichern. Mecklenburg-Vorpommern braucht einen Landeshaushalt, der nicht den Banken  
284 oder der Schuldenlogik dient, sondern den Menschen im Land. Jede Investition in Kinder,  
285 Pflegekräfte, Kommunen sowie in soziale Daseinsvorsorge ist eine Investition in die  
286 Zukunft des Landes. Um dies leisten zu können, müssen Vermögen, Spitzenverdienste und  
287 Finanztransaktionen angemessen zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben  
288 herangezogen werden. Nach Angaben von Finanzökonomen des Deutschen Instituts für  
289 Wirtschaftsforschung (DIW), würde die Verwirklichung des Konzepts der  
290 Wiedereinführung der Vermögenssteuer allein Mecklenburg-Vorpommern jährlich 1,7  
291 Milliarden Euro bringen. Die Vorschläge dieses Wahlprogramms sind finanzierbar. Ein  
292 linker Finanzansatz sorgt dafür, dass öffentliche Mittel demokratisch, transparent und  
293 solidarisch eingesetzt werden.

294

#### 295 **Bildung, Kinder und soziale Investitionen**

296 Ein starker Landeshaushalt ermöglicht eine mutige Bildungs- und Sozialoffensive, jenseits  
297 von Sparlogik oder Schuldenbremsen. Wir sagen: Mecklenburg-Vorpommern darf nicht  
298 an den Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen, an Bildungseinrichtungen, noch an  
299 sozialer Sicherheit sparen, sondern muss gezielt investieren, um Chancengleichheit,  
300 hochwertige Kitas, Schulen und Hochschulen zu gewährleisten.

#### 301 **Wir wollen:**

- 302 • Eine Abschaffung der Schuldenbremse, da sie notwendige Investitionen in  
303 Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz verhindert.
- 304 • Mehr Lehrkräfte einstellen, die Schulsozialarbeit ausbauen, die  
305 Kindertagesförderung weiter verbessern, die Hochschulinfrastruktur  
306 weiterentwickeln und die Studierendenwerke stärken.
- 307 • In Digitalisierung und soziale Infrastruktur investieren.
- 308 • Stabile Finanzierung von Programmen zur Kinder- und Jugendarbeit,  
309 Demokratieförderung, Kultur und Gleichstellung.

310

311

312

313 **Kommunen, Wohnraum und soziale Infrastruktur**

314 Handlungsfähige Kommunen sind die Grundlage für ein lebenswertes Land. Eine stabile  
315 und auskömmliche Finanzausstattung, Entschuldungshilfen und verlässliche Finanzen  
316 stärken Städte, Gemeinden und Träger sozialer Infrastruktur. Wer in Bildung, Pflege,  
317 Wohnraum, Mobilität, Kultur und Sport investiert, bekämpft Armut, Abwanderung und  
318 soziale Spaltung zugleich.

319 **Wir wollen:**

- 320 • Die kommunale Finanzausstattung stärken und stabilisieren und uns auf  
321 Bundesebene für eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer hin zu einer  
322 konjunkturunabhängigeren Gemeindewirtschaftssteuer einsetzen.
- 323 • Dass Steuerausfälle oder Mehrkosten des Landes und seiner Kommunen durch  
324 Bundesgesetze auch durch die Bundesebene vollständig ausgeglichen werden  
325 (Konnexitätsprinzip).
- 326 • Verlässliche Programme für sozialen Wohnungsbau, barrierefreie und  
327 klimafreundliche Modernisierung.
- 328 • Kultur, Gleichstellung, Gewaltschutz und zivilgesellschaftlicher Infrastruktur  
329 verlässlich fördern.
- 330 • Kommunen bei Projektbürokratie und Altschulden entlasten.

331

332 **Umverteilung und Vermögen**

333 Eine gerechte Finanzpolitik muss die Reichen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben  
334 heranziehen und nachhaltige Investitionsfonds schaffen. Mecklenburg-Vorpommern  
335 braucht zusätzliche Mittel für Bildung, Soziales, Klimaschutz und Innovation – durch  
336 Vermögensbesteuerung, gerechte Beteiligung von Spitzenverdiensten und  
337 Finanztransaktionen.

338 **Wir wollen:**

- 339 • Einführung einer Vermögenssteuer für hohe Einkommen, um bis zu 1,7 Mrd. Euro  
340 über den Länderfinanzausgleich für MV zu sichern.
- 341 • Eine Reform der Erbschaftssteuer, um sehr große Vermögen nichts leistungslos  
342 weiterzugeben.
- 343 • Eine einmalige Vermögensabgabe zur gerechten Verteilung von Krisenlasten.
- 344 • Durch eine Initiative des Landes im Bund das Ehegattensplitting abschaffen.

345

346 **5. Arbeit, Wirtschaft und Energie – gute Arbeit, Innovation, regionale Stärke**

347 Arbeit und Wirtschaft sind die Grundlage für gesellschaftlichen Wohlstand, soziale  
348 Sicherheit und individuelle Teilhabe. Gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und  
349 tarifliche Absicherung gehören ebenso dazu wie die Förderung von Innovation und  
350 nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung. Mecklenburg-Vorpommern braucht eine  
351 Wirtschaft, die nicht nur Arbeitsplätze schafft, sondern diese fair und zukunftsorientiert.  
352 Wir wollen, dass Arbeit zum Leben passt, nicht umgekehrt, und dass wirtschaftlicher  
353 Erfolg allen Menschen zugutekommt.

354

355 **Gute Arbeit – fair, sicher, mitbestimmt**

356 Arbeiternehmer:innenrechte und soziale Sicherheit bilden das Fundament für ein  
357 gerechtes Miteinander. Beschäftigte müssen gut bezahlt werden, Zugang zu  
358 Mitbestimmung haben und ihre Gesundheit darf nicht unter Arbeitsbedingungen leiden.  
359 Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist es entscheidend, den  
360 Arbeitsmarkt zu stabilisieren, faire Bedingungen zu sichern und zukunftsfähige  
361 Arbeitsformen zu fördern.

362 **Wir wollen:**

- 363 • Einführung eines Modellprojekts zur 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich.
- 364 • Verteidigung des Arbeitszeitgesetzes, Schutz des 8-Stunden-Tages und Recht auf  
365 Teilzeit.
- 366 • Aufgabengerechte Personalausstattung der Arbeitsschutzbehörden
- 367 • Weiterentwicklung des Tariftreuegesetzes, Stärkung von Betriebs- und  
368 Personalräten, Evaluierung des Personalvertretungsgesetzes.
- 369 • Förderung der betrieblichen Gesundheitsprävention, Präventionspreis, Betriebs-  
370 und Personalrätepreis.
- 371 • Begrenzung von Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen in landeseigenen  
372 Unternehmen.
- 373 • Unterstützung von Beschäftigungsgesellschaften und Produktionsschulen,  
374 Fortführung der Regionalbeiräte Arbeitsmarktpolitik.
- 375 • Schutz der Rechte von Beschäftigten im Homeoffice, inklusive Verbot von  
376 Überwachungssoftware und Stärkung des Rechts auf Nichterreichbarkeit.

377

378

379 **Wirtschaft – innovativ und regional**

380 Eine starke Wirtschaft dient dem Gemeinwohl, sichert Arbeitsplätze und schafft  
381 Innovationen. Die Linke setzt auf regionale Kreisläufe, Förderung nachhaltiger  
382 Technologien und die Unterstützung von Unternehmensnachfolgen. Mecklenburg-  
383 Vorpommern soll Zentrum zukunftsweisender Wirtschaftsmodelle werden, die  
384 ökologische, soziale und ökonomische Verantwortung verbinden.

385 **Wir wollen:**

- 386 • Wirtschaftsförderung an soziale Kriterien koppeln, keine Förderung bei  
387 Dumpinglöhnen oder schlechten Arbeitsbedingungen.
- 388 • Pilotprojekte zur Gemeinwohl-Bilanzierung einführen, um sozial-ökologisches  
389 Wirtschaften zu belohnen.
- 390 • Unterstützung von Belegschaftsgenossenschaften und Nachfolgeprojekten,  
391 Vorkaufsrechte für Mitarbeiter:innen, Landes-Beteiligungsfonds.
- 392 • Unterstützung für das Handwerk durch Fortführung oder Neuaufsetzung von  
393 Förderprogrammen mit dem Ziel Handwerker:innen zur Meisterqualifizierung zu  
394 motivieren bzw. Existenzgründer:innen im Handwerk bei der  
395 Unternehmensnachfolge zu unterstützen
- 396 • Ausbau moderner Co-Working Spaces im ländlichen Raum („Dorf-Büro-  
397 Offensive“), um Arbeit, Innovation und Regionalentwicklung zu verbinden.
- 398 • Stärkung der Gesundheitswirtschaft als Innovationszentrum, inklusive  
399 landeseigener Wirkstoffproduktion, Telemedizin-Start-ups und Modernisierung  
400 der Reha- und Kurbranche.
- 401 • Eine verstetigte und auskömmliche Finanzierung des BioCon Valley, dem  
402 Netzwerk der Gesundheitswirtschaft unseres Landes.
- 403 • Einen Masterplan Gaming MV: Förderung lokaler Indie-Studios, Integration von  
404 Serious Games in die Gesundheitsbranche, dualer Studiengang „Game Design &  
405 Social Impact“, Ausbau von E-Sport-Häusern und gamifiziertem Tourismus.

406

407 **Energiewende, Wasserstoff und nachhaltige Industrie**

408 Die Energiewende ist entscheidend für Klimaschutz, wirtschaftliche Entwicklung und  
409 soziale Gerechtigkeit. Sie kann nur gelingen, wenn sie bezahlbar bleibt, regionale  
410 Wertschöpfung stärkt und von den Menschen getragen wird. Unser Ziel ist eine

411 Energiepolitik, die Versorgungssicherheit garantiert, Innovation fördert und die Kosten  
412 fair verteilt.

413 **Wir wollen:**

- 414 • Die Wind- und Photovoltaik-Wirtschaft unterstützen und mehr Akzeptanz durch  
415 transparente Bürgerbeteiligung herstellen.
- 416 • Batteriespeicher und Energiespeicherung fördern.
- 417 • Grünen Wasserstoff als strategisches Zukunftsfeld für Industrie, Mobilität und  
418 Wärmeversorgung etablieren.
- 419 • Regionale Wertschöpfungsketten für Wasserstoff und Power-to-X-Produkte  
420 aufbauen.
- 421 • Ungerechtfertigte Industrierabatte abbauen und Energiepreise sozial gestalten.
- 422 • Uns auf Bundesebene für eine Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne einsetzen.

423

424 **Tourismus und maritime Wirtschaft – nachhaltig, sozial und zukunftsorientiert**

425 Tourismus und maritime Industrie sind zentrale Wirtschaftszweige für Mecklenburg-  
426 Vorpommern. Sie schaffen Arbeitsplätze, fördern regionale Wertschöpfung und prägen  
427 die Identität des Landes. Gleichzeitig müssen soziale Standards, Umweltverträglichkeit  
428 und Innovationskraft gewährleistet werden.

429 **Wir wollen:**

- 430 • Einführung einer Tourismusabgabe zur Finanzierung von Infrastruktur und  
431 Qualität, Verbesserung der Wohnsituation für Beschäftigte.
- 432 • Ausbau des Kinder- und Jugendtourismus, energetische Sanierung von  
433 Jugendherbergen und Schullandheimen, jährlicher Landeskongress für  
434 Innovationen im Kinder- und Jugendtourismus.
- 435 • Stabilisierung und Modernisierung der Werftstandorte, Vorrang für zivilen  
436 Schiffbau, Zusammenarbeit mit dem Bund für neue Infrastrukturprojekte wie  
437 Konverter- und Munitionsentsorgungsplattformen.
- 438 • Prüfung neuer Geschäftsfelder in der maritimen Industrie, etwa Umrüstung der  
439 Binnenschiffahrtsflotte auf alternative Antriebe.

440

441 **Fachkräftesicherung**

442 Qualifizierte Fachkräfte sind die Grundlage für den Erhalt der wirtschaftlichen  
443 Leistungsfähigkeit. Durch sie werden die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der

444 Unternehmen unterstützt, eine stabile Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung  
445 gesichert, die finanziellen Grundlagen für stabiles staatliches Handeln geschaffen sowie  
446 individuelle Perspektiven für Arbeits- und Fachkräfte eröffnet. Dabei liegt die  
447 Verantwortung für die betriebliche Fachkräftesicherung und Fachkräftegewinnung  
448 zuvorderst bei den Unternehmen selbst. Attraktive Arbeitsbedingungen, kooperative  
449 Führungsansätze und eine vorbildliche Unternehmenskultur helfen beim Wettbewerb  
450 um die besten Köpfe ebenso, wie gute Löhne. Das Land steht jedoch in der Pflicht für gute  
451 Rahmenbedingungen zu sorgen.

452 **Wir wollen:**

- 453 • Die Umsetzung und Weiterentwicklung der gemeinsam mit der Wirtschaft  
454 erarbeiteten Fachkräftestrategie mit den vier Säulen Ausbildung/Qualifizierung,  
455 Sicherung der Erwerbspotentiale, Fachkräftegewinnung aus dem In- und Ausland  
456 sowie Sicherung attraktiver Arbeitsbedingungen.
- 457 • Die Fortsetzung des Zukunftsbündnisses M-V unter Beteiligung von Kammern,  
458 Gewerkschaften und Unternehmensverbänden.

459 **6. Kinder- und Jugendpolitik – Chancengerechtigkeit, Teilhabe und Gesundheit**

460 Kinder und Jugendliche sind die Zukunft von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre  
461 Bedürfnisse, Rechte und Lebenslagen müssen in allen politischen Entscheidungen stärker  
462 berücksichtigt werden. Armut, ungleiche Bildungschancen, fehlende Teilhabe, psychische  
463 Belastungen und mangelhafte Infrastrukturen dürfen den Start ins Leben nicht  
464 bestimmen. Eine gute Kinder- und Jugendpolitik sichert nicht nur Chancengerechtigkeit,  
465 sondern stärkt langfristig die Gesellschaft, Demokratie und den sozialen Zusammenhalt.

466

467 **Kinderarmut, soziale Teilhabe und Bildung**

468 Kinderarmut ist ein strukturelles Problem: Mindestens jedes sechste Kind in M-V ist  
469 betroffen. Kein Kind darf in Armut aufwachsen. Soziale Teilhabe, Bildung und Sport  
470 müssen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern möglich sein.

471 **Wir wollen:**

- 472 • Einführung einer echten Kindergrundsicherung: Erhöhung des Kindergeldes,  
473 Zuschläge für Alleinerziehende, Familien mit geringen Einkommen,  
474 Berücksichtigung von Wohn- und Heizkosten sowie besonderen Bedarfen.

- 475 • Kinderkarte von 50 Euro monatlich für alle Kinder bis 18 Jahre, um Sport, Kultur  
476 und Bildung zu ermöglichen.
- 477 • Ausbau von Medienkompetenz in allen Bildungseinrichtungen, Fort- und  
478 Weiterbildungen für Lehrkräfte und Fachkräfte.
- 479 • Plattformregulierung und Verantwortung von Tech-Unternehmen bei Hassrede,  
480 Cybermobbing, Gewaltverherrlichung und sexualisierter Darstellung von  
481 Minderjährigen.

482

### 483 **Psychische Gesundheit, Schulsozialarbeit und Strukturen**

484 Die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen leidet zunehmend unter Stress,  
485 Krisen und gesellschaftlichen Belastungen. Frühzeitige Prävention, professionelle  
486 Begleitung und Beteiligung junger Menschen sind entscheidend, um gesunde Entwicklung  
487 zu ermöglichen.

#### 488 **Wir wollen:**

- 489 • Ausbau von Hilfsangeboten: Psychotherapeut:innen, digitale Angebote und  
490 flächendeckende Schulpsycholog:innen.
- 491 • Verankerung gesundheitsfördernden Verhaltens, Emotionsregulation und  
492 Umgang mit Stress im Schulalltag.
- 493 • Die Stärkung der Schulsozialarbeit: mindestens eine:r Schulsozialarbeiter:in pro  
494 Schule, dauerhaft gesichert durch ein Landesprogramm.
- 495 • Eine:n unabhängige:n Kinder- und Jugendbeauftragte:n mit Kabinettsrang und  
496 verbindlichen Befugnissen einrichten.
- 497 • Das Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz weiterentwickeln und jährliche  
498 themenbezogene Berichte zur Lebenslage von Kindern und Jugendlichen erstellen.
- 499 • Die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz.

500

### 501 **Jugendförderung, Sport und Familienpolitik**

502 Jugendpolitik ist mehr als Schutz – sie eröffnet Chancen für Engagement, Sport, Bildung  
503 und gesellschaftliche Teilhabe. Kinder- und Jugendförderung muss als Pflichtaufgabe  
504 gesichert, Jugendengagement anerkannt und Sport sowie Familienförderung nachhaltig  
505 unterstützt werden.

506

507

508 **Wir wollen:**

- 509 • Kinder- und Jugendarbeit zur kommunalen Pflichtaufgabe machen,  
510 Landesjugendhilfeplanung strategisch ausrichten, Landesjugendplan  
511 bedarfsgerecht finanzieren.
- 512 • Jugendverbände, Ferienfreizeiten, internationalem Austausch, politische  
513 Jugendarbeit und Medienbildung gezielt fördern.
- 514 • Die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“ umsetzen.
- 515 • Sportförderung: Ausfinanzierung von Programmen „Kinderbewegungsland“,  
516 „Gemeinsam Sport in Schule und Verein“ und „M-V kann schwimmen“.
- 517 • Ausbau und Sanierung von Sportanlagen, Förderung von Breiten- und  
518 Leistungssport, Sicherung von Bundesstützpunkten und  
519 Nachwuchsleistungssport.

520 **7. Soziales – Ein starker Sozialstaat für ein gutes Leben**

521 Ein starker Sozialstaat ist die Grundlage für gesellschaftliche Stabilität, Gerechtigkeit und  
522 individuelle Selbstbestimmung. Mecklenburg-Vorpommern soll ein Land sein, in dem alle  
523 Menschen gut leben können – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort. In  
524 unserem Flächenland, das von einer alternden Bevölkerung und großen Entfernungen im  
525 ländlichen Raum geprägt ist, gibt es besondere Anforderungen an soziale Politik. Die  
526 Sicherung und Ausgestaltung der sozialen Daseinsvorsorge ist eine Investition in  
527 gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirtschaftliche Entwicklung. Für die Linke  
528 Mecklenburg-Vorpommern ist klar: Gleichwertige Lebensverhältnisse dürfen nicht vom  
529 Wohnort abhängen.

530

531 **Armut wirksam bekämpfen, soziale Infrastruktur sichern**

532 Armut ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck struktureller Ungleichheit – und  
533 muss politisch bekämpft werden: in ländlichen Regionen, bei älteren Menschen oder  
534 Familien ohne ausreichende Infrastruktur. Wege sind weit, Angebote fehlen,  
535 Unterstützung kommt teilweise zu spät. Dem stellen wir uns entgegen.

536 **Wir wollen:**

- 537 • Einen landesweiten Aktionsplan gegen Armut mit verbindlichen Zielen.
- 538 • Die Rostocker Erkenntnisse aus dem Modellprojekt „Housing First“ nutzen und  
539 engagiert gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit angehen.

- 540 • Eine verbindliche, landesweit abgestimmte strategische Sozial- und Pflegeplanung  
541 verankern, die sich an den realen Lebenslagen der Menschen orientiert, Bedarfe  
542 frühzeitig sichtbar macht und hilft, die vorhandenen Ressourcen wirksam sowie  
543 zielgenau einzusetzen.
- 544 • Darauf aufbauend Mindeststandards für eine soziale Infrastruktur in allen  
545 Regionen erarbeiten und diese verlässlich finanzieren. Dazu zählen für uns u.a. die  
546 Schuldner-, Sozial- und Familienberatungsstellen, Betreuungsvereine.
- 547 • Mobile und digitale Angebote ausbauen, damit die soziale Infrastruktur überall  
548 erreichbar ist.
- 549 • Sozialpolitik konsequent mit Gesundheits- und Infrastrukturpolitik verbinden.

550

### 551 **Renten und soziale Sicherung**

552 Soziale Sicherheit bedeutet, dass Menschen nicht in Armut leben müssen, unabhängig von  
553 Alter oder Lebenssituation. Einkommen, Altersvorsorge und die Absicherung von  
554 Kindern sind zentrale Pfeiler eines solidarischen Landes. Unser Ziel ist ein System, das  
555 alle Menschen wirksam schützt, Armut bekämpft und gesellschaftliche Teilhabe  
556 ermöglicht. Wir setzen uns beim Bund für eine grundlegende Neuordnung im Sinne einer  
557 solidarischen Sozialstaatsreform ein.

#### 558 **Wir wollen:**

- 559 • Armutsfeste Renten, einen armutsfesten Mindestlohn und eine  
560 Kindergrundsicherung im Bund erkämpfen.
- 561 • Die gesetzliche Rentenversicherung auf alle Erwerbstätigen, einschließlich  
562 Beamte, Politiker:innen und Selbstständige ausweiten und die schrittweise  
563 Überführung der Alterssicherung an die Kapitalmärkte stoppen.
- 564 • Auch die Kranken- und Pflegeversicherung so ausgestalten, dass alle sich nach  
565 ihrem Einkommen an der Finanzierung des Systems beteiligen müssen. Deshalb  
566 setzen wir uns beim Bund für eine solidarische Gesundheits- und  
567 Pflegeversicherung ein.
- 568 • Kostenfreien Nahverkehr für alle unter 21 Jahren einführen, um Mobilität und  
569 gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten.
- 570 • Uns beim Bund für existenzsichernde Leistungen, die realistische  
571 Lebenshaltungskosten abbilden und für den Abbau von Sanktionen sowie  
572 bürokratischen Hürden einsetzen.

- 573 • Eine bessere Erreichbarkeit von Jobcentern und Sozialämtern, auch mobil und  
574 digital.
- 575 • Den Abbau von Bürokratie und Doppelprüfungen und gleichzeitig die  
576 Digitalisierung vorantreiben. Hierzu wollen wir einen Innovations- und  
577 Digitalisierungsfond auflegen, der auch die Pflege und Eingliederungshilfe  
578 einschließt.

579

### 580 **Senior:innen – Aktive Teilhabe und Anerkennung**

581 Senior:innen sind ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft. Ihre Erfahrung, ihr  
582 ehrenamtliches Engagement und ihre gesellschaftliche Präsenz bereichern das  
583 Miteinander. Teilhabe, Mobilität und selbstbestimmtes Leben sind zentrale  
584 Voraussetzungen, damit ältere Menschen ein erfülltes und aktives Leben führen können.

585 Unsere Ziele:

- 586 • Das Senienticket beibehalten und auf 43€ deckeln und das Rufbussystem  
587 verstetigen und ausbauen.
- 588 • Ehren- und hauptamtliches Engagement von Senior:innen fördern.
- 589 • Etablierung und Umsetzung regionaler seniorenpolitischer Gesamtkonzepte.
- 590 • Der Einsamkeit im Alter entgegenwirken und Begegnungsorte und  
591 Nachbarschaftsnetzwerke unterstützen.

592

### 593 **Pflege im ländlichen Raum neu denken – integriert und wohnortnah**

594 Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den Bundesländern mit dem höchsten  
595 Durchschnittsalter. Deshalb ist die Ausgestaltung der Pflege in unserem dünn besiedelten  
596 Land eine bedeutende soziale Frage der Gegenwart und der Zukunft. Dabei nehmen wir  
597 sowohl die Bedürfnisse der pflegebedürftigen Menschen als auch derjenigen, die pflegen  
598 in den Blick. Mit dem „Pakt für Pflege“ haben die Akteure der Pflege im Land bereits  
599 Vorschläge unterbreitet, die es nun verbindlich umzusetzen gilt.

600 Wir wollen:

- 601 • Den „Pakt für Pflege“ auch durch Landesmittel unterstützen. Hierzu wollen wir  
602 einen Landesfonds schaffen.
- 603 • Die häusliche Pflege stärken, indem wir die ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe, die  
604 Unterstützungsangebote im Alltag und lokale Netzwerke weiterentwickeln und

- 605 die gesetzlichen Grundlagen anpassen. Mittel der Pflegeversicherung hierzu, die  
606 einer Kofinanzierung bedürfen, wollen wir vollständig nutzen.
- 607 • Regionen, in denen keine oder eine nicht ausreichende pflegerische Versorgung  
608 besteht, besonders in den Blick nehmen und gemeinsam mit Akteuren vor Ort nach  
609 Lösungen suchen und Versorgungspfade entwickeln. In diesem Zusammenhang  
610 prüfen wir gezielte Anreize für das Arbeiten im ländlichen Raum.
  - 611 • Die Pflegeberatung weiterentwickeln, indem wir die Pflegestützpunkte um  
612 Wohnberatungs- und Demenzangebote erweitern.
  - 613 • Die notwendigen Sanierungen von vollstationären Einrichtungen durch ein  
614 Investitionsprogramm unterstützen, um die Eigenanteile durch die Kosten des  
615 Wohnens nicht schneller in die Höhe zu treiben.
  - 616 • Das Landespflegegesetz entsprechend novellieren und den veränderten  
617 Rahmenbedingungen anpassen. Die Rolle der Kommunen und deren  
618 Pflegeplanung wollen wir stärken.
  - 619 • Auf Bundesebene dafür eintreten, dass Pflege den Kapitalinteressen privater  
620 Fondsgesellschaften entzogen wird.
  - 621 • Menschen mit Demenz und deren An- und Zugehörige unterstützen. Deshalb  
622 wollen wir eine Landesstrategie Demenz umsetzen.
  - 623 • Die Landesfachstelle Demenz wollen wir weiter finanziell absichern und deren  
624 Angebot an die wachsenden Bedarfe anpassen. Regionale Netzwerke wollen wir  
625 unterstützen und mehr demenzfreundliche Kommunen etablieren.
  - 626 • Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich vermeiden und setzen daher auf  
627 Prävention. Wir wollen ein entsprechendes Programm gemeinsam mit den  
628 Akteuren der Pflege erarbeiten, das sowohl Fragen der Mobilität, der Gesundheit  
629 und Ernährung sowie der sozialen Teilhabe berücksichtigt. Auch die pflegenden  
630 Angehörigen sollen berücksichtigt werden.
  - 631 • Gewalt in der Pflege verhindern und hierzu ein Netzwerk „Gewaltfreie Pflege“ nach  
632 dem Berliner Vorbild aufbauen.

633

#### 634 **Inklusion – Mehr Teilhabe für alle**

635 Inklusion ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag und kein Randthema. Sie ermöglicht  
636 allen Menschen, unabhängig von Beeinträchtigungen und Behinderungen, Alter oder  
637 Herkunft, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Barrieren müssen

638 konsequent abgebaut und inklusive Strukturen gefördert werden, damit alle Menschen  
639 selbstbestimmt wohnen, arbeiten und am kulturellen Leben teilnehmen können.

640 **Wir wollen:**

- 641 • Barrierefreiheit im öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereich verbessern.
- 642 • Barrierefreiheit als Vergabekriterium für öffentliche Investitionen einführen.
- 643 • kommunale inklusive Wohnangebote und Mehrgenerationenhäuser fördern.
- 644 • Das Monitoring der UN-Behindertenrechtskonvention qualifizieren und  
645 gesetzlicher Maßnahmen daraus ableiten.
- 646 • freie Wohlfahrtsträger unterstützen, transparente Finanzierung und faire  
647 Entlohnung von Beschäftigten schaffen. In Werkstätten für behinderte Menschen  
648 (WfbM) muss der gesetzliche Mindestlohn gelten, ebenso jeder  
649 branchenspezifische Tarifvertrag.
- 650 • alle Förderschulen schrittweise in inklusive Regelschulen umwandeln.
- 651 • Öffentliche barrierefreie Toiletten und Wickelräume in allen öffentlichen  
652 Gebäuden schaffen.
- 653 • Eine eigene landesbeauftragte Person für Menschen mit Behinderungen  
654 etablieren.
- 655 • Die derzeit beim Bürgerbeauftragten angesiedelte Kontaktstelle für  
656 Barrierefreiheit zu einem Kompetenzzentrum „Barrierefreiheit“  
657 weiterentwickeln.
- 658 • Barrierearme öffentliche Kultureinrichtungen und Veranstaltungen, sowie  
659 Freizeitangebote gezielt fördern.
- 660 • Den Para-Sport stärken, eine bessere Förderung des Para-Leistungssport  
661 erreichen und Angebote im Breitensport insbesondere für Menschen mit geistiger  
662 Behinderung ausbauen.

663

664 **Ehrenamt – Gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern**

665 Ehrenamtliches Engagement ist ein zentraler Pfeiler gesellschaftlicher Solidarität,  
666 besonders in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern. Vereine, Feuerwehren,  
667 Kulturinitiativen und soziale Projekte tragen entscheidend zur Lebensqualität vor Ort bei.  
668 Ehrenamt darf jedoch nicht die staatliche Verantwortung ersetzen.

669

670

671 **Wir wollen:**

- 672 • Die Weiterentwicklung und verbindliche Finanzierung der Engagementstrategie  
673 „Gemeinsam den Wandel gestalten“.
- 674 • Die Anerkennung des Ehrenamts stärken, Weiterbildung und  
675 Freistellungsregelungen für Ehrenamtliche ermöglichen.
- 676 • Digitale Beteiligungsformate schaffen und den Nachwuchsgewinn im Ehrenamt  
677 unterstützen.

678

679 **Migration und Integration – Menschlichkeit und gesellschaftliche Teilhabe**

680 Sich ausweitende Krisenherde, Kriege und humanitäre Katastrophen führen dazu, dass  
681 immer mehr Menschen Schutz in Europa suchen. Für Die Linke M-V ist das Grundrecht  
682 auf Asyl unverhandelbar, und die Aufnahme, Integration und Teilhabe von Geflüchteten  
683 ist eine gesellschaftliche Pflicht. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der  
684 Unterstützung, Bildung und gesellschaftliche Offenheit erfordert.

685 **Wir wollen:**

- 686 • lebensgefährliche Abschiebungen beenden, besonders für unbegleitete  
687 minderjährige Flüchtlinge und die UN-Kinderrechtskonvention uneingeschränkt  
688 anwenden.
- 689 • legale und sichere Fluchtwege ermöglichen, zivile Seenotrettung unterstützen und  
690 ein landeseigenes Aufnahmeprogramm für Afghanistan einrichten.
- 691 • Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten priorisieren und verpflichtende  
692 Schutzkonzepte in bestehenden Geflüchtetenunterkünften mit unabhängigen  
693 Beschwerdestrukturen, um Sicherheit, Privatsphäre, Barrierefreiheit und  
694 Familienrechte zu verbessern.
- 695 • Kommunen bei der Wohnraumversorgung Geflüchteter unterstützen, Hilfe- und  
696 Selbsthilfeorganisationen von Geflüchteten unterstützen.
- 697 • psychosoziale Angebote für Geflüchtete, insbesondere in  
698 Erstaufnahmeeinrichtungen, ausbauen.
- 699 • Integration als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche bearbeiten: Beratung,  
700 sanktionsfreier Zugang zum Arbeitsmarkt, Gesundheitssystem, frühzeitige  
701 Sprachförderung, gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen, Zugang zu  
702 Kultur und Sport.

- 703 • Einen Fonds für Willkommenskommunen einrichten, um die freiwillige Aufnahme  
704 von Geflüchteten zu unterstützen.
- 705 • Die Position der Integrationsbeauftragten verstetigen.
- 706 • Alle Abschiebungen in Kriegsgebiete inklusive Syrien, Afghanistan und den Iran  
707 stoppen und eine verbindliche Bleibeperspektive für alle Geflüchteten in  
708 Ausbildung oder Qualifizierungsmaßnahmen.

## 709 **8. Gleichstellung – konsequent voranbringen**

710 Geschlechtergerechtigkeit ist eine Grundvoraussetzung für Demokratie, soziale  
711 Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Doch auch heute prägen patriarchale  
712 Strukturen, ungleiche Machtverhältnisse und wirtschaftliche Abhängigkeiten den Alltag  
713 vieler Menschen. Frauen übernehmen noch immer den größten Teil unbezahlter  
714 Sorgearbeit, sind häufiger von Gewalt betroffen und in politischen und wirtschaftlichen  
715 Führungspositionen unterrepräsentiert.

716 Antifeminismus ist ein zentraler Bestandteil rechter Ideologien. Wer Gleichstellung  
717 angreift, greift demokratische Errungenschaften an. Für Die Linke ist  
718 Gleichstellungspolitik deshalb immer auch Demokratiepoltik.

719 In Mecklenburg-Vorpommern wurden in den vergangenen Jahren wichtige Grundlagen  
720 geschaffen – etwa mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm und dem  
721 Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Diese Fortschritte wollen  
722 wir sichern, weiterentwickeln und verbindlich umsetzen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft,  
723 in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität oder Lebensform  
724 selbstbestimmt leben können.

725

### 726 **Gleichstellungsstrukturen stärken und strategisch steuern**

727 Gleichstellungspolitik braucht starke Institutionen, klare Zuständigkeiten und  
728 verlässliche Ressourcen. Die vorhandenen Instrumente müssen weiterentwickelt und  
729 verbindlich angewendet werden.

### 730 **Wir wollen:**

- 731 • Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm des Landes evaluieren und  
732 fortschreiben sowie mit klaren Zielen, Zeitplänen und Zuständigkeiten  
733 untersetzen.

- 734 • Gender Budgeting im Landeshaushalt einführen. Haushaltsentscheidungen sollen  
735 künftig systematisch auf ihre Auswirkungen auf Geschlechtergerechtigkeit geprüft  
736 werden. Dafür wollen wir eine verpflichtende Genderanalyse bei der  
737 Haushaltsaufstellung etablieren.
- 738 • Die Position der Landesbeauftragten für Frauen und Gleichstellung dauerhaft  
739 sichern und ihr Mandat stärken, damit sie innerhalb der Landesregierung wirksam  
740 als unabhängige Stimme für Gleichstellungspolitik wirken kann.
- 741 • Die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten stärken. Die  
742 Verbesserungen in der Kommunalverfassung müssen sich auch in den  
743 kommunalen Hauptsatzungen widerspiegeln, damit Gleichstellungsbeauftragte  
744 ihre Aufgaben mit ausreichenden Ressourcen wahrnehmen können.
- 745 • Zivilgesellschaftliche Strukturen wie den Landesfrauenrat, Frauenverbände und  
746 Netzwerke dauerhaft und verlässlich fördern.

747

#### 748 **Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen**

749 Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung und Ausdruck struktureller  
750 Ungleichheit. Mit dem Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention  
751 wurden wichtige Schritte eingeleitet. Jetzt kommt es darauf an, diese dauerhaft  
752 abzusichern und wirksam umzusetzen.

#### 753 **Wir wollen:**

- 754 • Den Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention evaluieren,  
755 fortschreiben und verbindlich umsetzen.
- 756 • Die Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention dauerhaft  
757 verstetigen.
- 758 • Eine Koordinierungsstruktur für den zivilgesellschaftlichen Bereich wieder  
759 einrichten, um Frauenhäuser, Beratungsstellen und Interventionsstellen besser zu  
760 vernetzen.
- 761 • Das Gewalthilfesystem dauerhaft sichern und bedarfsgerecht für ein Flächenland  
762 weiterentwickeln. Schutz und Beratung sind eine gemeinsame Aufgabe von Bund,  
763 Land und Kommunen. Die Finanzierung darf nicht einseitig auf einzelne Ebenen  
764 abgewälzt werden.
- 765 • Mehr Plätze in Frauenhäusern schaffen und barrierefreie Schutzorte ausbauen.

- 766 • Beratungsstellen, Interventionsstellen und Täterarbeit weiter ausbauen und  
767 langfristig absichern.
- 768 • Femizide verhindern und ein landesweites Hochrisikomanagement bei häuslicher  
769 Gewalt einführen und verbindliche Verfahren zur Gefährdungseinschätzung  
770 besonders gefährdeter Frauen entwickeln.

771

## 772 **Digitale Gewalt bekämpfen**

773 Gewalt gegen Frauen findet zunehmend auch im digitalen Raum statt – etwa durch  
774 Stalking, Bedrohungen, die Verbreitung intimer Bilder oder Deepfake-Pornografie. Diese  
775 Formen der Gewalt haben gravierende Auswirkungen auf die Betroffenen und müssen  
776 ernst genommen werden.

### 777 **Wir wollen:**

- 778 • Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene digitaler Gewalt ausbauen  
779 und stärken.
- 780 • Polizei und Justiz stärker für digitale Gewalt sensibilisieren und entsprechend  
781 fortbilden.
- 782 • Projekte unterstützen, die sich gegen Hass, sexualisierte Gewalt und digitale  
783 Übergriffe im Netz engagieren.

784

## 785 **Bildung für Geschlechtergerechtigkeit**

786 Geschlechterrollen und stereotype Erwartungen beeinflussen noch immer die  
787 Lebenswege vieler Menschen. Bildungseinrichtungen spielen eine entscheidende Rolle  
788 dabei, diese Muster aufzubrechen.

### 789 **Wir wollen:**

- 790 • Genderkompetenz verbindlich in der Ausbildung von Lehrkräften und  
791 pädagogischen Fachkräften verankern.
- 792 • geschlechterreflektierte Pädagogik stärker in Schulen, Kitas und  
793 Ausbildungsstätten etablieren.
- 794 • Berufsorientierung fördern, die jungen Menschen ermöglicht, ihre Fähigkeiten  
795 unabhängig von Geschlechterstereotypen zu entwickeln. Der Girls' Day und der  
796 Boys' Day werden in der 9. Klasse verpflichtend durchgeführt.
- 797 • Eine klischeefreie Berufsorientierung etablieren, die Berufswahl nach Interessen  
798 und Fähigkeiten statt nach Rollenbildern ermöglicht.

- 799       • Schulen schaffen, in denen tradierte und toxische Rollenbilder keinen Platz haben.

800

### 801 **Care-Arbeit gerecht verteilen**

802 Sorgearbeit hält unsere Gesellschaft zusammen. Kinder erziehen, Angehörige pflegen,  
803 Familien organisieren – diese Arbeit ist unverzichtbar, wird aber noch immer  
804 überwiegend von Frauen geleistet und häufig schlecht oder gar nicht bezahlt. Die Folgen  
805 sind geringere Einkommen, unterbrochene Erwerbsbiografien und ein erhöhtes Risiko  
806 von Altersarmut. Eine moderne Gleichstellungspolitik muss deshalb Sorgearbeit sichtbar  
807 machen, gerechter verteilen und besser unterstützen – insbesondere in einem  
808 Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern.

### 809 **Wir wollen:**

- 810       • Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und Pflege verbessern,  
811           insbesondere durch verlässliche Betreuungs- und Unterstützungsangebote im  
812           ganzen Land. Krippe, Kita und Hort bleiben mit uns beitragsfrei.
- 813       • Pflegende Angehörige stärker unterstützen, etwa durch bessere  
814           Beratungsangebote, Entlastungsangebote und wohnortnahe  
815           Unterstützungsstrukturen.
- 816       • Auf Bundesebene darauf hinwirken, dass Sorgearbeit gerechter zwischen den  
817           Geschlechtern verteilt wird, etwa durch eine stärkere Beteiligung beider  
818           Elternteile an der Elternzeit.
- 819       • Eine bezahlte Elternzeit für den zweiten Elternteil (28 Tage) nach der Geburt  
820           einführen, um gemeinsame Familienzeit und Entlastung zu ermöglichen.
- 821       • Den beruflichen Wiedereinstieg nach der Schwangerschaft erleichtern und das  
822           Recht auf Rückkehr in Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung stärken.
- 823       • Familienfreundliche Arbeitsmodelle im öffentlichen Dienst ausbauen, etwa durch  
824           flexiblere Arbeitszeiten, mobiles Arbeiten oder Rückkehrprogramme nach  
825           Elternzeit.
- 826       • Mutterschutzregelungen für Selbstständige einführen und Arbeitszeiten in Kitas  
827           und Kindertagespflege an Arbeitswege und -zeiten der Eltern anpassen.

828

### 829 **Frauengesundheit stärken und reproduktive Rechte sichern**

830 Gesundheitspolitik muss die unterschiedlichen Lebensrealitäten und gesundheitlichen  
831 Bedürfnisse von Frauen stärker berücksichtigen. Gerade in ländlichen Regionen

832 Mecklenburg-Vorpommerns zeigen sich Versorgungslücken bei gynäkologischer  
833 Versorgung, Geburtshilfe und Schwangerschaftsabbrüchen.

834 **Wir wollen:**

- 835 • Eine flächendeckende Versorgung mit Schwangerschaftskonfliktberatung  
836 sicherstellen. Die gesetzlich vorgeschriebene Beratung vor einem  
837 Schwangerschaftsabbruch muss wohnortnah erreichbar und dauerhaft  
838 auskömmlich finanziert sein.
- 839 • Die medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen im Land sichern  
840 und die entsprechende Ausbildung stärker fördern.
- 841 • Darauf hinwirken, dass Schwangerschaftsabbrüche stärker Bestandteil der  
842 medizinischen Ausbildung und Weiterbildung werden, insbesondere in  
843 Lehrkrankenhäusern.
- 844 • Auf Bundesebene die ersatzlose Abschaffung des §218 StGB unterstützen und  
845 Schwangerschaftsabbrüche als Teil der Gesundheitsversorgung anerkennen.
- 846 • Die Hebammenversorgung und Geburtshilfe im Land stärken und ausbauen, damit  
847 Schwangere wohnortnah betreut werden können.
- 848 • Die Forschung und Versorgung im Bereich der Gendermedizin stärken und  
849 Mecklenburg-Vorpommern zu einem Vorreiter in diesem Bereich entwickeln.

850

851 **Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärken**

852 Frauen sind in vielen gesellschaftlichen Bereichen noch immer unterrepräsentiert –  
853 insbesondere in Führungspositionen, in politischen Entscheidungsstrukturen und in  
854 wirtschaftlichen Leitungsfunktionen. Eine demokratische Gesellschaft muss jedoch die  
855 Perspektiven und Erfahrungen aller Menschen in Entscheidungen einbeziehen. Studien  
856 zeigen, dass vielfältig zusammengesetzte Führungsteams bessere und nachhaltigere  
857 Entscheidungen treffen.

858 **Wir wollen:**

- 859 • Den Anteil von Frauen in politischen Entscheidungspositionen erhöhen und  
860 Rahmenbedingungen schaffen, die mehr Frauen zur Kandidatur für kommunale  
861 Mandate ermutigen. Dafür streben wir eine Paritätsregelung für die nächsten  
862 Kommunalwahlen an.
- 863 • Mentoring- und Qualifizierungsprogramme für Frauen in Politik, Verwaltung und  
864 Wirtschaft ausbauen.

- 865 • Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst des Landes gezielt fördern,  
866 etwa durch transparente Auswahlverfahren, Mentoringprogramme und bessere  
867 Möglichkeiten wie geteilte Führung oder Führung in Teilzeit.
- 868 • Netzwerke von Frauen in Wirtschaft, Landwirtschaft, Wissenschaft und Kultur  
869 stärken, um gegenseitige Unterstützung und Sichtbarkeit zu fördern.

870

### 871 **Wirtschaftliche Gleichstellung voranbringen**

872 Frauen verdienen noch immer weniger als Männer, arbeiten häufiger in Teilzeit und sind  
873 stärker von prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen. Diese Ungleichheiten setzen  
874 sich über das gesamte Erwerbsleben fort und führen im Alter zu einem deutlich höheren  
875 Armutsrisiko. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist die wirtschaftliche Gleichstellung  
876 noch nicht erreicht. Eine gerechte Arbeitswelt ist jedoch Voraussetzung für echte  
877 Gleichberechtigung.

### 878 **Wir wollen:**

- 879 • Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchsetzen und Maßnahmen  
880 unterstützen, die den Gender Pay Gap abbauen.
- 881 • Frauen bei Existenzgründungen stärker unterstützen, insbesondere in  
882 Zukunftsbranchen, im Handwerk, in der Landwirtschaft sowie in der  
883 Kreativwirtschaft.
- 884 • Gezielt Maßnahmen gegen die Altersarmut von Frauen entwickeln und  
885 insbesondere Frauen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien stärker  
886 unterstützen.
- 887 • Tarifbindung und gute Arbeitsbedingungen stärken, da Frauen besonders häufig  
888 in Branchen mit niedriger Tarifbindung arbeiten.
- 889 • Einen runden Tisch gegen Altersarmut einrichten.

890

### 891 **Spezifische Maßnahmen zur Förderung von Frauen**

892 Trotz Fortschritten bleiben Frauen in Wirtschaft, Politik und Führungspositionen  
893 unterrepräsentiert. Zielgerichtete Fördermaßnahmen sind notwendig, um  
894 Chancengleichheit herzustellen, berufliche Teilhabe zu verbessern und die  
895 gesellschaftliche Stellung von Frauen zu stärken.

896

897

898 **Wir wollen:**

- 899 • Frauen in Führungspositionen gezielt fördern, z. B. durch Mentoringprogramme  
900 und die Möglichkeit von Teilzeitführung.
- 901 • Existenzgründungen von Frauen unterstützen, insbesondere in Startups,  
902 Kreativwirtschaft und Landwirtschaft.
- 903 • Frauennetzwerke gezielt stärken und deren Arbeit langfristig sichern.

904

905 **Queerpolitik**

906 Eine demokratische und solidarische Gesellschaft muss allen Menschen ein freies,  
907 sicheres und selbstbestimmtes Leben ermöglichen – unabhängig von sexueller  
908 Orientierung oder geschlechtlicher Identität. Queere Rechte sind für Die Linke keine  
909 Symbolfrage, sondern eine Frage von Grundrechten, Schutz und gesellschaftlicher  
910 Teilhabe. Wir stellen uns klar gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und rechte Angriffe  
911 auf queeres Leben. In Regierungsverantwortung haben wir sichtbar gemacht, dass  
912 Mecklenburg-Vorpommern an der Seite queerer Menschen steht – etwa wenn an den  
913 Ministerien Regenbogenfahnen als Zeichen der Unterstützung und Solidarität hängen.  
914 Und wir haben deutlich gemacht, dass gleiche Rechte auch rechtlich abgesichert werden  
915 müssen: Im Bundesrat haben wir uns für die Erweiterung von Artikel 3 Absatz 3 des  
916 Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen Identität eingesetzt. Für uns ist klar:  
917 Queere Menschen dürfen nicht nur mitgemeint sein, sie müssen wirksam geschützt,  
918 unterstützt und anerkannt werden.

919 **Wir wollen:**

- 920 • Den Landesaktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und  
921 geschlechtlicher Vielfalt ausfinanzieren und weiterführen.
- 922 • Zivilgesellschaftliche Strukturen im queeren Bereich stärken.
- 923 • Den Schutz queerer Menschen in der Landesverfassung verankern.
- 924 • Sicherstellen, dass das Gewalthilfegesetz des Bundes auch trans und queere  
925 Personen wirksam schützt.

926

927 **Antidiskriminierungsarbeit**

928 Antidiskriminierungspolitik ist für Die Linke kein Randthema, sondern eine Frage von  
929 Respekt, Rechten und sozialer Gerechtigkeit. In Regierungsverantwortung haben wir  
930 konkrete Fortschritte durchgesetzt: Erstmals wurden

931 Antidiskriminierungsberatungsstellen mit Landesmitteln finanziert und dauerhaft  
932 abgesichert. Mit der Änderung des Petitions- und Bürgerbeauftragtenengesetzes haben wir  
933 zudem eine Ombudsstelle gegen Diskriminierung geschaffen und schließen damit eine  
934 bisherige Schutzlücke. Für uns ist klar: Diskriminierung darf nicht folgenlos bleiben. Wer  
935 benachteiligt wird, braucht verlässliche Beratung, starke Institutionen und wirksame  
936 Möglichkeiten, das eigene Recht durchzusetzen.

937 **Wir wollen:**

- 938 • Antidiskriminierungsberatungsstellen erhalten und weiter ausbauen.
- 939 • Die Landesantidiskriminierungsstelle langfristig absichern.
- 940 • Ein eigenes Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen.
- 941 • Wir wollen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz auf Bundesebene evaluieren  
942 und zu einem wirksamen Schutzinstrument gegen Diskriminierung  
943 weiterentwickeln. Dazu gehören bessere Klagemöglichkeiten für Betroffene,  
944 längere Fristen zur Rechtsdurchsetzung, wirksame Sanktionen bei Verstößen und  
945 die Schließung bestehender Schutzlücken.

946

## 947 **9. Hochschule und Wissenschaft – demokratisch und gemeinwohlorientiert**

948 Hochschulen und Universitäten sind zentrale Orte des Lernens, Forschens und  
949 gesellschaftlichen Austauschs. Sie schaffen Wissen, eröffnen Perspektiven und tragen  
950 Verantwortung für die Zukunft unseres Landes. Für Die Linke Mecklenburg-Vorpommern  
951 ist klar: Hochschulen sind öffentliche Güter. Sie müssen sozial gerecht, demokratisch  
952 gestaltet und für alle zugänglich sein. Ein gutes Studium darf nicht von Herkunft oder  
953 Einkommen abhängen, gute Arbeit an Hochschulen braucht verlässliche Bedingungen,  
954 und Wissenschaft muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein.

955

### 956 **Soziale Sicherheit im Studium und starke Hochschulen als Lebensorte**

957 Ein erfolgreiches Studium braucht mehr als gute Lehre – es braucht soziale Sicherheit im  
958 Alltag. Wer ständig unter finanziellen Druck steht, kann sein Studium nicht frei gestalten.  
959 Deshalb verstehen wir Hochschulen auch als soziale Lebensorte, an denen Wohnen,  
960 Ernährung, Beratung und Gemeinschaft gesichert sein müssen. Insbesondere die  
961 Studierendenwerke erfüllen dabei einen wichtigen Auftrag.

### 962 **Wir wollen:**

- 963 • Ein elternunabhängiges, bedarfsgerechtes BAföG als Vollzuschuss oberhalb der  
964 Armutsgrenze erkämpfen.
- 965 • Ein Gebührenfreies Studium für alle – unabhängig von Herkunft oder  
966 Aufenthaltsstatus.
- 967 • Die Studierendenwerke auskömmlich ausfinanzieren und bei der Digitalisierung  
968 der BAföG-Verfahren unterstützen.
- 969 • Mehr Wohnheimplätze durch das Studierendenwerk schaffen und das  
970 Bundesprogramm „Junges Wohnen“ dafür gezielt nutzen.
- 971 • Qualitativ hochwertige Mensaangebote sichern, ohne die Kosten vollständig auf  
972 die Studierenden umzulegen.
- 973 • Die psychosoziale Beratung durch die Studierendenwerke verstetigen und  
974 erweitern.

975

### 976 **Offene Hochschulen und gute Studienbedingungen**

977 Hochschulen sollen allen offenstehen und die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln.  
978 Unterschiedliche Bildungswege, Lebensrealitäten und Perspektiven bereichern Studium

979 und Wissenschaft. Gleichzeitig braucht gutes Lernen, Zeit, Flexibilität und Raum zur  
980 Entfaltung.

981 **Wir wollen:**

- 982 • Den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte und vielfältige Bildungsbiografien  
983 vereinfachen.
- 984 • Internationale Studierende und Geflüchtete unterstützen.
- 985 • Studienverläufe flexibilisieren und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten stärken.
- 986 • Einen Nachteilsausgleich für Studierende mit Care-Arbeit, Erwerbstätigkeit oder  
987 Behinderung sichern.
- 988 • Soziale, kulturelle und selbstverwaltete Räume an Hochschulen ausbauen.

989

990 **Demokratische Hochschulen und gute Arbeit**

991 Hochschulen leben von den Menschen, die dort lernen und arbeiten. Gute  
992 Arbeitsbedingungen und echte Mitbestimmung sind die Grundlage für Qualität in Lehre  
993 und Forschung. Demokratie endet nicht im Hörsaal – sie muss im Hochschulalltag gelebt  
994 werden.

995 **Wir wollen:**

- 996 • Demokratische Mitbestimmung aller Statusgruppen stärken und studentische und  
997 wissenschaftliche Hilfskräfte durch bestehende Personalräte vertreten wissen.
- 998 • Die Unabhängigkeit und finanzielle Ausstattung der Studierendenschaft absichern.
- 999 • Tariflich abgesicherte Beschäftigung für alle Hochschulbeschäftigten sowie die  
1000 Einführung eines studentischen Tarifvertrags.
- 1001 • Dauerstellen für Daueraufgaben in Wissenschaft und Verwaltung und verlässliche  
1002 Karrierewege auch jenseits der Professur.
- 1003 • Die tariflich abgesicherte Beschäftigung für alle Hochschulbeschäftigten stärken  
1004 und einen studentischen Tarifvertrag einführen.

1005

1006 **Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung**

1007 Wissenschaft ist kein Selbstzweck. Sie trägt Verantwortung für gesellschaftliche  
1008 Entwicklungen und muss aktiv zur Lösung zentraler Herausforderungen beitragen.  
1009 Gleichzeitig braucht sie Freiheit und verlässliche Rahmenbedingungen, um kritisch und  
1010 unabhängig arbeiten zu können.

1011 **Wir wollen:**

- 1012 • Die finanzielle Grundausstattung der Hochschulen verbessern.
- 1013 • Wachsende Aufgaben an den Hochschulen mit zusätzlichem Verwaltungsstellen
- 1014 unterlegen.
- 1015 • Die kooperative Forschung mit Gesellschaft, Kommunen und Praxis verstärken.
- 1016 • Forschung im Zeichen von Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit unterstützen.
- 1017 • Die Wissenschaftsfreiheit als hohes Gut vor politischem und wirtschaftlichem
- 1018 Druck verteidigen.

1019

## 1020 **Zukunftsfähige Hochschulen: Digitalisierung, Nachhaltigkeit und internationale**

### 1021 **Vernetzung**

1022 Hochschulen stehen vor tiefgreifenden Veränderungen durch Digitalisierung, Klimakrise

1023 und globale Vernetzung. Wir gestalten diesen Wandel aktiv – sozial, nachhaltig und offen.

1024 Ziel sind Hochschulen, die modern ausgestattet sind, ökologisch verantwortungsvoll

1025 handeln und international vernetzt arbeiten.

### 1026 **Wir wollen:**

- 1027 • Einen Hochschul-Digitalpakt mit nachhaltiger Finanzierung etablieren.
- 1028 • Die Nutzung freier Software sowie offener Bildungs- und Forschungsressourcen
- 1029 unterstützen.
- 1030 • Klimaneutrale Hochschulen durch Investitionen in Gebäude und Infrastruktur
- 1031 befördern.
- 1032 • Mehr internationale Studierende und Wissenschaftler:innen für Mecklenburg-
- 1033 Vorpommern begeistern.
- 1034 • Das Landeshochschulmarketing in enger Abstimmung mit den Hochschulen
- 1035 verbessern.
- 1036 • Hochschulen als öffentliche Wissensorte für die Gesellschaft öffnen.

## 1037 **10. Gesundheit – ein starkes Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern**

1038 Gesundheit ist entscheidend für die Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe jedes

1039 Einzelnen aber auch für die wirtschaftliche Stabilität von Bedeutung. Angesichts des

1040 demografischen Wandels, des medizinischen Fortschritts und sich verändernder

1041 klimatischer Bedingungen steht Mecklenburg-Vorpommern vor großen

1042 Herausforderungen im Gesundheitswesen. Wir setzen uns für eine flächendeckende,

1043 bedarfsgerechte medizinische Versorgung in dauerhaft hoher Qualität ein – für alle

1044 Menschen, unabhängig von Alter, Wohnort oder Einkommen. Unser Ziel ist ein  
1045 Gesundheitswesen, das Prävention, Versorgung und Nachsorge integriert, die Rechte der  
1046 Patient:innen respektiert und Fachkräfte langfristig bindet.

### 1047 **Gesundheitskompetenzen weiterentwickeln**

1048 Gesundheit hängt gleichermaßen von gesellschaftlichen Verhältnissen wie von  
1049 gesundheitsbewusstem Verhalten ab. Deshalb treten wir grundsätzlich für ein  
1050 Gesundheitswesen ein, dass dem Profitprinzip entzogen wird. Zugleich wollen wir  
1051 Möglichkeiten schaffen, die Gesundheitskompetenzen, insbesondere die der  
1052 Heranwachsenden zu fördern und weiterzuentwickeln. So wollen wir die „Erste Hilfe –  
1053 Kurse“ an Schulen ausbauen und das bereits erfolgreich erprobte „Ersthelfende-  
1054 Programm“ auf das gesamte Land „ausrollen“.

#### 1055 **Wir wollen:**

- 1056 • gesunde Ernährung fördern. Insbesondere wollen wir durch gesundheitliche  
1057 Aufklärung dazu motivieren, den Zuckerkonsum einzuschränken.

1058

### 1059 **Prävention stärken – Gesundheit aktiv fördern**

1060 Vorbeugung ist zentral, um Krankheiten zu verhindern und Lebensqualität zu erhalten.  
1061 Präventionsmaßnahmen im Ehren- und Hauptamt leisten bereits viel, müssen aber  
1062 wirksamer und systematisch ausgebaut werden. Besonders Kinder und Jugendliche  
1063 sollen von einer verstärkten Gesundheitsförderung profitieren.

#### 1064 **Wir wollen:**

- 1065 • Präventionsangebote qualitativ verbessern und flächendeckend ausbauen.
- 1066 • Präventionsarbeit für Kinder und Jugendliche gezielt stärken.
- 1067 • Zusammenarbeit zwischen Schulen, Vereinen, Gemeinden und  
1068 Gesundheitseinrichtungen intensivieren.

1069

### 1070 **Gesundheitsversorgung braucht engagierte Menschen**

1071 Die medizinische Versorgung hängt maßgeblich von qualifizierten Fachkräften ab.  
1072 Altersbedingt werden in den kommenden Jahren viele Haus- und Fachärzt:innen aus der  
1073 ambulanten Versorgung ausscheiden, während nur ein Teil der Absolvent:innen  
1074 humanmedizinischer Studiengänge in Mecklenburg-Vorpommern bleibt. Das  
1075 Gesundheitswesen würde ohne das Engagement internationaler Fachkräfte nicht

1076 funktionieren. Es gilt, inländischen wie ausländischen Fachkräften in Mecklenburg-  
1077 Vorpommern eine berufliche Perspektive zu bieten, ohne dass es zu gezielten  
1078 Abwerbungen aus Ländern kommt, die selbst einen hohen Fachkräftebedarf im  
1079 Gesundheitsbereich haben (Brain-Drain).

1080 **Wir wollen:**

- 1081 • Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte im ärztlichen und  
1082 nichtärztlichen Bereich beschleunigen.
- 1083 • Eine Willkommenskultur schaffen, die Fachkräfte zum Bleiben motiviert.
- 1084 • Programme wie „Landarztquoten“ ausschöpfen, Assistenz-Studiengänge und  
1085 Stipendien für Studierende im Ausland auflegen, um Nachwuchs gezielt zu  
1086 gewinnen.
- 1087 • Die Vergütung im Praktischen Jahr für Studierende auf das Niveau des BAföG-  
1088 Höchstsatzes heben.
- 1089 • Das „Schwester-Agnes“ Modell für arztentlastende Dienste im ländlichen Raum  
1090 wieder aufleben lassen.
- 1091 • Darauf hinwirken, dass Gesundheitslotsen zum Einsatz kommen, die Patient:innen  
1092 und Versicherte in allen relevanten Bereichen des Gesundheitswesens begleiten.

1093

1094 **Keine medizinische Lücke lassen – flächendeckende Versorgungsnetzwerke bilden**

1095 Versorgungsstrukturen sind oft noch durch Sektorengrenzen geprägt, was zu Unter- oder  
1096 Fehlversorgung führen kann. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es bereits erfolgreiche  
1097 Kooperationen, deren Erfahrungen auf das gesamte Land übertragen werden sollen.  
1098 Flächendeckende Versorgungsnetzwerke sichern, dass alle Menschen – insbesondere im  
1099 ländlichen Raum – gut versorgt werden und Apotheken, Beratungs- und  
1100 Betreuungsangebote erhalten bleiben.

1101 **Wir wollen:**

- 1102 • Modellregionen für sektorenübergreifende Versorgung und Vergütungsmodelle  
1103 einrichten.
- 1104 • Erfahrungen aus erfolgreichen Netzwerken wie dem „Haff-Net“ nutzen und  
1105 bundesweit geltende Regelungen einbeziehen.
- 1106 • Die gesundheitliche Versorgung als zusammenhängende Versorgungskette  
1107 sicherstellen, die Sektorengrenzen überwindet.

- 1108 • Das Netz der Krankenhausstandorte im Zuge der Umsetzung der bundesweiten  
1109 Krankenhausreform als Ankerpunkte der medizinischen Versorgung erhalten und  
1110 profilieren.
- 1111 • Regionale Gesundheitszentren und Hebammenzentren fördern.
- 1112 • Telemedizin flächendeckend zum Einsatz bringen.
- 1113 • Einen flächendeckenden, bedarfsgerechten, kurzfristigeren und  
1114 bürokratieärmeren Zugang für psychotherapeutische Angebote.

1115

### 1116 **Patient:innenrechte stärken – Versorgung mitbestimmen**

1117 Medizinische Versorgung muss die Bedürfnisse und Wünsche der Patient:innen in den  
1118 Mittelpunkt stellen. Transparenz, Mitbestimmung und Nachvollziehbarkeit von Diagnose,  
1119 Therapie und Rehabilitation sind Voraussetzung für qualitativ hochwertige  
1120 Gesundheitsversorgung. Patient:innen sollen aktiv in Entscheidungen einbezogen  
1121 werden, auch gemeinsam mit Angehörigen.

#### 1122 **Wir wollen:**

- 1123 • Patient:innenrechte stärken und Versorgung an deren Bedürfnissen orientieren.
- 1124 • Patient:innenvertretungen und Selbsthilfeorganisationen einbinden und  
1125 unterstützen, um Versorgungsketten ohne Sektorgrenzen zu gewährleisten.
- 1126 • Long-Covid- und ME/CFS-Betroffene besser betreuen, deren medizinische  
1127 Versorgung ausbauen und Forschungsprojekte auf diesem Gebiet unterstützen.

1128

### 1129 **Solidarisches Gesundheitssystem – Versorgung vor Profit**

1130 Eine hochwertige Versorgung ist nur möglich, wenn Gesundheit nicht als Ware betrachtet  
1131 wird. Krankenhausfinanzierung darf nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sein,  
1132 sondern muss dem Gemeinwohl dienen. Gleichzeitig sollen Pflege und medizinische  
1133 Versorgung solidarisch finanziert werden.

#### 1134 **Wir wollen:**

- 1135 • Ein solidarisches Gesundheits- und Pflegesystem stärken.
- 1136 • Gewinne aus dem Betrieb von Krankenhäusern verhindern und Steuergelder  
1137 ausschließlich für die Versorgung einsetzen.
- 1138 • Langfristige Perspektiven für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitssystem  
1139 schaffen.

1140

## 1141 **11.Inneres – Freiheits und Bürger:innenrechte im Fokus**

1142 Ein starker Rechtsstaat schützt die Menschen und gewährleistet ihre Freiheit, ihre Rechte  
1143 und die demokratische Ordnung. Gleichzeitig gehört es zu den Aufgaben des Staates,  
1144 Sicherheit zu gewährleisten, diskriminierendes Verhalten und gruppenbezogene  
1145 Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen und Krisen zu bewältigen. Mecklenburg-  
1146 Vorpommern braucht eine Innenpolitik, die bürgernah, rechtsstaatlich und  
1147 zukunftsorientiert agiert – ohne in autoritäre oder überwachende Logiken zu verfallen.  
1148 Unser Ansatz verbindet Schutz und Prävention, demokratische Kontrolle und die  
1149 konsequente Verteidigung der Grundrechte.

1150

### 1151 **Freiheitsrechte, Polizei und Katastrophenschutz**

1152 Sicherheit darf nicht auf Kosten der Freiheit gehen. Instrumente zur Strafverfolgung  
1153 müssen verhältnismäßig eingesetzt und kontinuierlich auf ihre Bürgerrechtskonformität  
1154 geprüft werden. Gleichzeitig brauchen Polizei und Katastrophenschutz optimale  
1155 Ausstattung, Ausbildung und Struktur, um ihre Aufgaben professionell erfüllen zu  
1156 können.

#### 1157 **Wir wollen:**

- 1158 • Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sicherstellen: kein Einsatz von  
1159 Staatstrojanern, Vorratsdatenspeicherung, automatisierter Gesichtserkennung  
1160 oder allgegenwärtiger Videoüberwachung.
- 1161 • alle Sicherheitsbefugnisse kritisch auf Einhaltung der Bürger- und Freiheitsrechte  
1162 prüfen.
- 1163 • Die Polizei durch ausreichende personelle und sachliche Ausstattung  
1164 unterstützen, Demokratie- und Grundrechtsbildung in Ausbildung und  
1165 Fortbildung stärken, eine Fehlerkultur und Resilienz gegen extrem rechte  
1166 Einstellungen befördern.
- 1167 • Den Polizeibeauftragten zu einer Anlaufstelle für ‚Alle‘ machen und  
1168 Kontrollquittungen für Betroffene polizeilicher Maßnahmen einführen.
- 1169 • Eine von der Polizei unabhängige Beschwerdestelle mit ausreichendem Mandat,  
1170 Ressourcen und Befugnissen, um Fehlverhalten der Polizei effektiv zu verfolgen  
1171 und aufzuklären.

- 1172 • Brand- und Katastrophenschutzes ausbauen und zentral ausstatten, um  
1173 Bevölkerungsschutz angesichts von Klima, Krisen und Konflikten zu  
1174 gewährleisten.
- 1175 • Ein Landesprogramm für die Modernisierung des Katastrophenschutzes  
1176 einrichten und Beschaffungsvorgänge über das Land zentralisieren, um Kosten für  
1177 Kommunen und Kreise zu senken.
- 1178 • Die effektive und demokratische Kontrolle des Verfassungsschutzes stärken und  
1179 den Einsatz von V-Personen auf das absolut Notwendige begrenzen.

1180

### 1181 **Diversität, Antidiskriminierung und Prävention**

1182 Eine demokratische Gesellschaft lebt von Vielfalt und Inklusion. Antidiskriminierung,  
1183 Gleichstellung und eine kontinuierliche wissenschaftliche Analyse extremistischer  
1184 Strukturen sind zentrale Bausteine, um Menschenrechte zu sichern und gesellschaftliche  
1185 Teilhabe zu fördern.

#### 1186 **Wir wollen:**

- 1187 • Diversität in Politik fördern, indem Verwaltung und öffentlichen Institutionen  
1188 durch gezielte Programme adressiert werden.
- 1189 • Unabhängiger Anti-Diskriminierungsberatung und verbindliche  
1190 Unterstützungsstrukturen ausbauen.
- 1191 • Wissenschaftliche, kontinuierliche Studien zu extrem rechten und  
1192 demokratiegefährdenden Strukturen, über den jährlichen VS-Bericht hinaus,  
1193 fördern.
- 1194 • Präventive Programme gegen Radikalisierung, Bildung und Aufklärung in Schulen,  
1195 Vereinen und öffentlichen Einrichtungen stärken.

1196

1197 **12.Verkehr und Mobilität – für alle Menschen erreichbar, sicher und nachhaltig**

1198 Mobilität ist ein zentrales Element der Daseinsvorsorge. Menschen sollen unabhängig von  
1199 Alter, Einkommen oder Wohnort gut, bezahlbar und umweltfreundlich mobil sein  
1200 können. Die Linke Mecklenburg-Vorpommern setzt auf einen ausgewogenen Mix aus  
1201 ÖPNV, Bahn, Rad- und Fußverkehr, Straßeninfrastruktur und Binnenschifffahrt. Unser  
1202 Ziel ist eine moderne, soziale und nachhaltige Mobilität, die den Menschen dient und  
1203 gleichzeitig Klima und Umwelt schützt.

1204

1205 **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) stärken**

1206 Ein starker ÖPNV verbindet Menschen, Regionen und Arbeitsplätze und ist Grundlage für  
1207 soziale Teilhabe. Wir haben in den letzten Jahren den Schienenverkehr ausgebaut, neue  
1208 Regiobuslinien eingerichtet und das Deutschlandticket sozial flankiert. Auch in Zukunft  
1209 wollen wir den ÖPNV weiter verbessern, bezahlbar halten und das Angebot kontinuierlich  
1210 ausbauen.

1211 **Wir wollen:**

- 1212 • Die Mobilitätsoffensive fortsetzen und das Angebot für Einheimische und  
1213 Touristen weiter verbessern.
- 1214 • Das Tarifsystem vereinfachen und eine verlässliche Fahrgastinformation  
1215 sicherstellen.
- 1216 • Das Deutschlandticket bezahlbar halten, besonders für Menschen mit kleinen  
1217 Einkommen.
- 1218 • Den ÖPNV für unter 21-Jährige kostenfrei machen.
- 1219 • Das Azubi- und Seniorenticket verstetigen und auf 43€ deckeln.
- 1220 • Auf Bundesebene für höhere Regionalisierungsmittel und bessere Trassenpreise  
1221 streiten.
- 1222 • Fernverkehrsverbindungen sichern und die Umsetzung von Bundeszusagen, wie  
1223 der Vorpommern-Magistrale, einfordern.

1224

1225 **Bahnstrecken reaktivieren und ausbauen**

1226 Eine gute Anbindung ans Schienennetz ist entscheidend für ländliche Regionen.  
1227 Reaktivierungen stillgelegter Bahnstrecken stärken die Wohn- und Standortqualität,  
1228 verhindern Abwanderung und fördern regionale Entwicklung.

1229 **Wir wollen:**

- 1230 • Mit der Ausschreibung von Planungsleistungen für die Mecklenburgische Südbahn  
1231 zügig beginnen.
- 1232 • Reaktivierungspläne für weitere Strecken wie die Kaiserbahn, die Strecken  
1233 Neubrandenburg-Friedland und Greifswald-Lubmin konkretisieren.
- 1234 • Den Bau der Darßbahn, beginnend mit dem Abschnitt Barth-Bresewitz,  
1235 vorantreiben.
- 1236 • Die Südanbindung Usedom aktiv gegenüber dem Bund durchsetzen.

1237

### 1238 **Rad- und Fußverkehr fördern**

1239 Radfahren ist gesund, umweltfreundlich und in Mecklenburg-Vorpommern weit  
1240 verbreitet. Wir wollen das Radwegenetz für Alltags- und touristische Nutzung ausbauen,  
1241 modernisieren und sicher gestalten. Rad- und Fußverkehr müssen gegenüber dem  
1242 Autoverkehr stärker aufgewertet werden.

#### 1243 **Wir wollen:**

- 1244 • Bestehende Radwege erhalten, erneuern und landesweit ausbauen.
- 1245 • Radabstellanlagen und Ladestationen für E-Bikes an Knotenpunkten errichten.
- 1246 • Arbeitsgemeinschaften fahrradfreundlicher Kommunen unterstützen.
- 1247 • Den Austausch aller Ebenen zur Förderung des Radverkehrs stärken.

1248

### 1249 **Straßenverkehr und Ortsentlastung**

1250 Gut ausgebaute Straßeninfrastruktur trägt zu Verkehrssicherheit und Lärmreduzierung  
1251 bei. Besonders Ortsdurchfahrten sollen entlastet werden, um die Lebensqualität vor Ort  
1252 zu erhöhen.

#### 1253 **Wir wollen:**

- 1254 • Fest geplante Ortsumgehungen, wie für Zirchow, Wolgast und die Südanbindung  
1255 nach Usedom, endlich umsetzen.
- 1256 • Eine enge Zusammenarbeit mit Kommunen zur umwelt- und klimafreundlichen  
1257 Planung sicherstellen.

1258

### 1259 **Binnenschifffahrt ausbauen**

1260 Binnenschifffahrt ist für Tourismus, Güterverkehr und Dienstleistungen von Bedeutung.  
1261 Funktionsfähige Wasserstraßen und Schleusen sichern wirtschaftliche Nutzung und  
1262 touristische Attraktivität.

1263 **Wir wollen:**

- 1264 • Eine verlässliche Personalplanung für Schleusen gewährleisten.
- 1265 • Attraktive Arbeitsbedingungen in der Binnenschifffahrt schaffen.
- 1266 • Infrastruktur modernisieren und digitalisieren.
- 1267 • Ausreichende Investitionen sicherstellen, um Wasserstraßen dauerhaft
- 1268 funktionsfähig zu halten.

1269

### 1270 **13. Klima-, Natur und Umweltschutz – sozial, gerecht, wirksam**

1271 Mecklenburg-Vorpommern hat unter Regierungsbeteiligung der Linken einen  
1272 entscheidenden Fortschritt im Klima-, Natur-, und Umweltschutz gemacht. Mit dem  
1273 Klimaverträglichkeitsgesetz wird ein sozial ausgewogenes, wissenschaftlich fundiertes  
1274 und umsetzungsorientiertes Gesetzespaket verwirklicht, welches nun durch einen  
1275 konkreten Maßnahmenplan untermauert werden muss. Klimaschutz kann dabei nur  
1276 erfolgreich sein, wenn er sozial gerecht gestaltet wird und breite gesellschaftliche  
1277 Akzeptanz findet. Unser Anspruch ist es, ökologische Verantwortung mit sozialer  
1278 Sicherheit zu verbinden und den Wandel aktiv zu gestalten – für heutige und zukünftige  
1279 Generationen.

1280

#### 1281 **Klimagerechtigkeit als Leitprinzip**

1282 Die Klimakrise ist auch eine soziale Frage. Die Folgen von Extremwetter, Dürre,  
1283 steigenden Energiepreisen und ökologischen Veränderungen treffen vor allem  
1284 diejenigen, die am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. Deshalb setzen wir  
1285 auf eine gerechte Verteilung der Lasten und darauf, dass Klimaschutzmaßnahmen  
1286 niemanden überfordern. Eine sozial ausgewogene Transformation stärkt den  
1287 gesellschaftlichen Zusammenhalt und erhöht die Akzeptanz für notwendige  
1288 Veränderungen.

1289 **Wir wollen:**

- 1290 • Die Kosten der Transformation solidarisch verteilen.
- 1291 • Haushalte und kleine/mittlere Unternehmen entlasten.
- 1292 • Energiewende sozial ausgestalten und die Bürgerbeteiligung beim Ausbau
- 1293 erneuerbarer Energien stärken.
- 1294 • Klimaschädliche Subventionen beenden.

- 1295 • Den natürlichen Klimaschutz im Land vorantreiben.

1296

1297 **Klimaneutralität und verbindliche Ziele**

1298 Klimaschutz braucht klare Ziele, verbindliche Maßnahmen und eine konsequente  
1299 Umsetzung. Nur mit überprüfbaren Etappenzielen und einer transparenten Steuerung  
1300 kann der Weg zur Klimaneutralität erfolgreich gestaltet werden. Mecklenburg-  
1301 Vorpommern soll dabei eine Vorreiterrolle einnehmen und zeigen, dass ambitionierter  
1302 Klimaschutz mit wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit vereinbar ist.

1303 **Wir wollen:**

- 1304 • Mecklenburg-Vorpommern bis spätestens 2045 klimaneutral machen.
- 1305 • Reduktion der Treibhausgasemissionen um mindestens 38 % bis 2030 und 75 %  
1306 bis 2035.
- 1307 • Sektorale Höchstmengen für Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und Energie  
1308 festlegen.
- 1309 • Klimaneutrale Landesverwaltung bis 2030 erreichen.
- 1310 • Aufforstungsprogramme fortführen und den Waldanteil erhöhen.
- 1311 • Beteiligung, Evaluation und Nachsteuerung als feste Bestandteile der Umsetzung  
1312 verankern.
- 1313 • Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft klimaschützend und  
1314 klimaresilient gestalten.

1315

1316 **Natürliche Klimaschützer – Moore, Wälder und Böden**

1317 Natürliche Ökosysteme sind unverzichtbare Verbündete im Kampf gegen die Klimakrise.  
1318 Moore, Wälder und Böden speichern CO<sub>2</sub>, sichern die Biodiversität und tragen wesentlich  
1319 zur Stabilität unserer Umwelt bei. Ihr Schutz und ihre Wiederherstellung sind daher  
1320 zentrale Aufgaben einer nachhaltigen Umweltpolitik. Gleichzeitig sind sie Lebens- und  
1321 Wirtschaftsgrundlage für viele Regionen in Mecklenburg-Vorpommern.

1322 **Wir wollen:**

- 1323 • Moorschutz, die Wiedervernässung entwässerter Moore und Renaturierung durch  
1324 gezielte Förderprogramme voranbringen und ausweiten.
- 1325 • Die Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Nutzung wiedervernässter  
1326 Morre (Paludikultur) verbessern.

- 1327 • Ein Strukturwandelgesetz zur Unterstützung der von Restaurationsprojekten  
1328 betroffenen Räume und Wirtschaftsbereiche.
- 1329 • Den Waldanteil bis 2030 auf mindestens 30 % erhöhen.
- 1330 • Bodenschutzprogramme vollständig umsetzen und Erosion wirksam verhindern.
- 1331 • Küstenräume als sensible Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräume schützen.
- 1332 • Nationalparks und Naturschutzgebiete als Bildungsorte stärken und konsequenter  
1333 vor schädlichen Beeinträchtigungen schützen.

1334

### 1335 **Unser Wasser sichern**

1336 Sauberes Wasser ist Grundvoraussetzungen für menschliches Leben und stabile  
1337 Ökosysteme. Die bisherige Wirtschaftsweise und der fortschreitende Klimawandel  
1338 gefährden unsere Wasserreserven. Der Schutz und ein nachhaltiger Umgang mit unseren  
1339 Wasserreserven sind entscheidend, um die natürlichen Lebensgrundlagen langfristig zu  
1340 erhalten.

### 1341 **Wir wollen:**

- 1342 • Grundwasser, Oberflächengewässer und Küstengewässer konsequent schützen.
- 1343 • Wasser durch Stauanlagen und wo möglich durch den Rückbau  
1344 landwirtschaftlicher Entwässerungssysteme in der Landschaft zurückhalten.
- 1345 • Einträge von Nährstoffen, Pflanzenschutzmittel und Mikroplastik deutlich  
1346 reduzieren.
- 1347 • Das Bewirtschaftungsverbot im 7-Meter-Uferbereich konsequent durchsetzen.
- 1348 • Den Wasserrückhalt stärken, statt weiter zu entwässern und die  
1349 Grundwasserneubildung fördern.

1350

### 1351 **Natur braucht Naturschützer**

1352 Ob Bauen, Verkehr, Energie oder Landbewirtschaftung. Der Druck auf die Fläche wächst  
1353 und die Konflikte nehmen zu. Natur- und Artenschutz dürfen dabei nicht unter die Räder  
1354 geraten. Umweltgesetze und Schutzgebiete sind keine lästigen Hindernisse, sondern  
1355 schützen unsere Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen, ganz besonders z.B. für unsere  
1356 Erholung und den Tourismus.

### 1357 **Wir wollen:**

- 1358 • Einen besseren Schutz von Naturräumen, auch durch Neuausweisung von  
1359 Schutzgebieten.

- 1360 • Großschutzgebiete personell stärken.
- 1361 • Generell eine bessere personelle Ausstattung im hauptamtlichen Naturschutz.
- 1362 • Biotopvernetzung stärken und vorrangig wassergebundene Ökosysteme  
1363 renaturieren.
- 1364 • Managementpläne und Monitoring für geschützte Arten, insbesondere für Wolf  
1365 und Biber, voranbringen.
- 1366

### 1367 **Umweltpolitik gemeinsam gestalten**

1368 Umwelt- und Klimaschutz können nur erfolgreich sein, wenn sie gesamtgesellschaftlich  
1369 gestaltet werden. Transparenz, Beteiligung und Dialog sind zentrale Voraussetzungen für  
1370 Akzeptanz und nachhaltige Umsetzung. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und  
1371 Zivilgesellschaft müssen eng zusammenarbeiten, um tragfähige Lösungen zu entwickeln  
1372 und den Wandel aktiv zu gestalten.

### 1373 **Wir wollen:**

- 1374 • Beteiligungsformate ausbauen und Bürger:innen frühzeitig einbinden.
- 1375 • Umwelt- und Klimapolitik transparent, nachvollziehbar und demokratisch  
1376 gestalten.
- 1377 • Die klimafreundliche Transformation als Gewinn an Lebensqualität, Sicherheit  
1378 und sozialer Gerechtigkeit vermitteln.
- 1379 • Die Vorteile von Maßnahmen des natürlichen Klimaschutzes, auch insbesondere  
1380 für das zukünftige Leben im ländlichen Raum gezielt vermitteln.
- 1381

### 1382 **14. Landwirtschaft, Forst und Fischerei – nachhaltig und regional**

1383 Die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern steht vor  
1384 tiefgreifenden Herausforderungen: Klimawandel, Artensterben, Dürre, Preisdruck und  
1385 strukturelle Ungleichheiten setzen Betriebe zunehmend unter Druck. Gleichzeitig sichern  
1386 sie unsere Ernährung, prägen unsere Kulturlandschaft und leisten einen zentralen Beitrag  
1387 für Natur- und Umweltschutz. Für Die Linke ist klar: Wir brauchen eine sozial gerechte  
1388 und ökologische Agrarwende. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei müssen sich  
1389 am Gemeinwohl orientieren, nachhaltig wirtschaften und den Menschen, die dort  
1390 arbeiten, ein gutes Leben ermöglichen.

1391

1392 **Gute Arbeit, faire Einkommen und soziale Sicherheit**

1393 Die Menschen, die in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft arbeiten, leisten  
1394 unverzichtbare Arbeit für unsere Gesellschaft. Dennoch sind viele von unsicheren  
1395 Einkommen, fehlender oder schlechter sozialer Absicherung und schwierigen  
1396 Arbeitsbedingungen betroffen. Wir stellen die Interessen der Beschäftigten und Betriebe  
1397 in den Mittelpunkt und sorgen dafür, dass gute Arbeit auch gut bezahlt und abgesichert  
1398 ist.

1399 **Wir wollen:**

- 1400 • Flächendeckende Tarifverträge mit fairen Löhnen.
- 1401 • Einen armutsfesten Mindestlohn und Sozialversicherung auch für  
1402 Saisonarbeitskräfte.
- 1403 • Soziale Absicherung für mitarbeitende Familienangehörige.
- 1404 • Verlässliche Alters-, Kranken- und Unfallversicherung für alle Beschäftigten.
- 1405 • Stärkung der Landesforstanstalt mit besserer Personalausstattung und fairen  
1406 Einkommen.

1407

1408 **Regionale Wertschöpfung und gerechte Märkte**

1409 Landwirtschaft darf nicht von wenigen großen Konzernen dominiert werden. Regionale  
1410 Wirtschaftskreisläufe sichern Einkommen vor Ort, stärken ländliche Räume und sorgen  
1411 für gute, bezahlbare Lebensmittel. Wir wollen die Marktmacht großer Handels- und  
1412 Verarbeitungskonzerne begrenzen und faire Bedingungen für landwirtschaftliche  
1413 Betriebe schaffen.

1414 **Wir wollen:**

- 1415 • Regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen fördern und stärken.
- 1416 • Die Gemeinschaftsversorgung durch regionale Produkte stärken.
- 1417 • Gerechte Lieferbeziehungen und ein wirksames Kartellrecht.
- 1418 • Eine Preisgestaltung für Lebensmittel, beginnend mit den Erzeugerpreisen.
- 1419 • Den Ausbau und die Wiederansiedlung regionaler Schlacht- und Verarbeitungs-  
1420 kapazitäten initiieren und fördern.
- 1421 • Die Förderung regionaler Marketinginitiativen und ein verlässliches  
1422 Regionalsiegel.

1423

1424 **Landwirtschaft im Einklang mit Natur und Klima**

1425 Eine zukunftsfähige Landwirtschaft schützt Klima, Böden, Wasser und Artenvielfalt.  
1426 Gleichzeitig müssen Landwirt:innen für gesellschaftlich gewünschte Leistungen  
1427 angemessen bezahlt werden. Wir verbinden ökologische Ziele mit sozialer Sicherheit und  
1428 unterstützen Betriebe beim Umbau hin zu nachhaltigen Produktionsweisen.

1429 **Wir wollen:**

- 1430 • Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln deutlich reduzieren.
- 1431 • Die Erweiterung von Gewässerrandstreifen kombiniert mit strengeren Regeln für  
1432 Pflanzenschutzmittel und Düngung.
- 1433 • Ausbau des ökologischen Landbaus auf mindestens 25 % der Flächen.
- 1434 • Flächegebundene Tierhaltung statt überdimensionierte Tierhaltungsanlagen.
- 1435 • Honorierung von Leistungen für Tierwohl, Klima-, Natur- und Umweltschutz.
- 1436 • Den Schutz heimischer Standards vor unfairen Importen.

1437

1438 **Boden, Tierhaltung und nachhaltige Strukturen**

1439 Boden darf keine Ware sein! Er ist Lebensgrundlage! Es braucht eine Tierhaltung, die  
1440 Tierwohl, Umwelt-, Natur- und Klimaschutz gerecht wird. Wir setzen auf eine  
1441 Agrarstrukturpolitik, die bäuerliche Betriebe stärkt, Spekulation begrenzt und  
1442 nachhaltige Bewirtschaftung fördert.

1443 **Wir wollen:**

- 1444 • Ein Agrarstrukturgesetz gegen Bodenspekulation.
- 1445 • Das Vorkaufsrecht des Landes für Flächen mit besonderer Umweltbedeutung.
- 1446 • Den Vorrang für ortsansässige und junge Landwirt:innen bei Flächenvergabe.
- 1447 • Einen sozialverträglichen Umbau der Tierhaltung mit hohen Standards.
- 1448 • Begrenzung von Tiertransporten und strengere Kontrollen.
- 1449 • Keine neuen überdimensionierte Tierhaltungsanlagen.
- 1450 • Die gezielte Förderung von Weidetierhaltung auch zur Erreichung von  
1451 naturschutzfachlichen Zielstellungen.

1452

1453 **Wälder stärken und Verwaltung vereinfachen**

1454 Wälder sind zentrale Ökosysteme und spielen eine Schlüsselrolle für Klimaschutz und  
1455 Biodiversität. Forstwirtschaftliche Betriebe brauchen praktikable Rahmenbedingungen,  
1456 die sie entlasten statt überfordern. Wir verbinden ökologische Ziele mit einer modernen,  
1457 unterstützenden Verwaltung.

1458 **Wir wollen:**

- 1459 • Den Waldanteil bis 2030 auf mindestens 30 % erhöhen.
- 1460 • Den raschen Umbau zu klimaresilienten und schwer entzündlichen Laub- und
- 1461 Mischwäldern.
- 1462 • Waldmoore wieder vernässen.
- 1463 • Wasserrückhalt im Wald durch den Rückbau von zwecklosen
- 1464 Entwässerungsgräben stärken.
- 1465 • Die Forstverwaltung personell besser ausstatten.
- 1466 • Förderanträge digitalisieren und vereinfachen.

1467

1468 **Fischerei und Gewässerschutz**

1469 Die Fischerei hat in Mecklenburg-Vorpommern eine lange Tradition und bleibt ein  
1470 wichtiger Bestandteil regionaler Identität. Gleichzeitig verändern sich die ökologischen  
1471 und wirtschaftlichen Bedingungen grundlegend. Wir setzen auf nachhaltige Nutzung der  
1472 Gewässer und neue Perspektiven für die Fischerei.

1473 **Wir wollen:**

- 1474 • Erhalt und Weiterentwicklung der Berufs- und Freizeitfischerei.
- 1475 • Ausbau nachhaltiger Programme wie „Sea Ranger“.
- 1476 • Entwicklung neuer Einkommensperspektiven für Küstenfischer.
- 1477 • Förderung nachhaltiger Aquakulturen.

1478

## 1479 **15. Justiz – gerecht, bürgernah, solidarisch und zukunftsfest**

1480 Eine demokratische Gesellschaft braucht eine starke, unabhängige und für alle  
1481 zugängliche Justiz. Sie schützt Grundrechte, sichert Rechtsfrieden und unterstützt  
1482 Menschen, die Schutz und Gerechtigkeit benötigen. Für Die Linke gilt: Justiz darf nicht auf  
1483 Verschleiß gefahren, zentralisiert oder ausgedünnt werden. Sie muss erreichbar, sozial  
1484 gerecht und unter allen gesellschaftlichen Bedingungen handlungsfähig bleiben. Gerichte,  
1485 Staatsanwaltschaften und Strafvollzug müssen in Stadt und Land präsent sein,  
1486 qualifizierte Fachkräfte gewinnen und Menschenwürde, gesellschaftliche Teilhabe und  
1487 Resozialisierung fördern. Bürgernähe, verlässliche Institutionen und sichtbare Präsenz  
1488 schaffen Vertrauen in den Rechtsstaat.

1489

### 1490 **Personal, Ausbildung und wohnortnahe Justiz**

1491 Die Justiz steht vor großen Herausforderungen: Viele Beschäftigte erreichen in den  
1492 kommenden Jahren das Ruhestandsalter, während die Anforderungen an Verfahren,  
1493 gesellschaftliche Sensibilität, Opferschutz und digitale Infrastruktur steigen. Diese  
1494 Aufgaben dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Wer eine  
1495 handlungsfähige Justiz will, muss konsequent in Ausbildung, Fortbildung, gute  
1496 Arbeitsbedingungen und verlässliche Personalentwicklung investieren.

### 1497 **Wir wollen:**

- 1498 • Das rechtswissenschaftliche Studium in Greifswald stärken und praxisnah,  
1499 modern und sozial gerecht gestalten; die Wiedereinführung eines Studienangebots  
1500 in Rostock prüfen.
- 1501 • Digitale Kompetenzen, KI-Kompetenz, Datenschutz, Technikfolgenabschätzung  
1502 und ethische Fragen verbindlich in Studium, Referendariat und Fortbildung  
1503 integrieren.
- 1504 • Fortbildungen zu Antidiskriminierung, strukturellem Rassismus,  
1505 Geschlechtergerechtigkeit, Diversity und Gewaltsensibilität für alle Beschäftigten  
1506 verankern.
- 1507 • Arbeitsbedingungen in Gerichten, Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug  
1508 verbessern, um Berufe dauerhaft attraktiv zu machen.
- 1509 • Bürgernähe sichern und ausbauen: durch erreichbare Standorte, verlässliche  
1510 Öffnungszeiten, digitale und analoge Zugänge sowie die Prüfung von Zweigstellen  
1511 an Vollgerichten, wo es für die Versorgung in der Fläche notwendig ist.

- 1512 • Das Modell anwaltlicher Beratungsstellen weiter ausbauen, damit jede:r Bürger:in  
1513 Zugang zu Rechtsberatung hat, unabhängig vom Wohnort.

1514

### 1515 **Digitalisierung demokratisch und entlastend gestalten**

1516 Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern soll den Zugang zum Recht verbessern,  
1517 Beschäftigte entlasten und Verfahren transparenter machen. Digitale Verfahren dürfen  
1518 nicht dazu führen, dass Menschen ohne technische Mittel, Sprachkenntnisse oder  
1519 Unterstützung vom Recht ausgeschlossen werden.

#### 1520 **Wir wollen:**

- 1521 • E-Akte, Fachverfahren und Schnittstellen zu Polizei, Anwaltschaft,  
1522 Sozialverwaltung und weiteren Institutionen interoperabel, zuverlässig und  
1523 datenschutzkonform gestalten.
- 1524 • Den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Justiz strikt an rechtsstaatliche  
1525 Grenzen binden: KI darf unterstützen, aber richterliche Entscheidungen nicht  
1526 ersetzen.
- 1527 • Immer analoge und barrierefreie Zugänge neben digitalen Angeboten  
1528 gewährleisten.
- 1529 • Beschäftigte frühzeitig in Digitalisierungsmaßnahmen einbinden und ausreichend  
1530 Schulung und Unterstützung sicherstellen.
- 1531 • IT-Sicherheit, Ausfallschutz, Notfallmanagement und digitale Souveränität  
1532 systematisch ausbauen.

1533

### 1534 **Strafvollzug und Resozialisierung**

1535 Strafvollzug muss darauf ausgerichtet sein, Menschen nach der Haft ein straffreies und  
1536 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Alleinige Verwahrung schafft keine Sicherheit;  
1537 Sicherheit wächst dort, wo Resozialisierung, Bildung, psychische Gesundheit und  
1538 Übergänge in Arbeit, Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe gelingen.

#### 1539 **Wir wollen:**

- 1540 • Zusätzliche Stellen im Strafvollzug schaffen und das Berufsbild durch bessere  
1541 Arbeitsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten stärken.
- 1542 • Bildungsangebote sichern und ausbauen – von Schulabschlüssen über berufliche  
1543 Qualifizierung bis hin zu Sprachkursen und politischer Bildung.

- 1544 • Medizinische, psychiatrische und psychologische Versorgung in Haft deutlich  
1545 verbessern.
- 1546 • Haftvermeidung und Alternativen zur Freiheitsstrafe dort stärken, wo sie sinnvoll,  
1547 rechtlich möglich und sozialpolitisch geboten sind.
- 1548 • Entlassungsvorbereitung, Wohnraumsicherung und Übergangsmanagement  
1549 ausbauen, um Rückfallrisiken zu verringern.

1550

1551 **Gute Arbeit im Vollzug und starker Opferschutz**

1552 Die Beschäftigten im Justizvollzug, der Justizwachtmeisterei und den Gerichten leisten  
1553 einen unverzichtbaren Beitrag für den Rechtsstaat. Gleichzeitig muss Opferschutz  
1554 niedrigschwellig, flächendeckend und professionell gewährleistet sein.

1555 **Wir wollen:**

- 1556 • Besoldungs-, Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten verbessern;  
1557 Bekleidungsbudget und Heilfürsorge erhöhen; Zulagen auf das Niveau  
1558 vergleichbarer Bereiche, insbesondere der Polizei, anheben.
- 1559 • Opferambulanzen dauerhaft absichern und personell wie sachlich stärken.
- 1560 • Interdisziplinäre Anlaufstellen für gewaltbetroffene Kinder und Jugendliche  
1561 ausbauen.
- 1562 • Zusammenarbeit zwischen Justiz, Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Opferschutz  
1563 verbindlich stärken.
- 1564 • Beschäftigte im Umgang mit sexualisierter, häuslicher und geschlechtsspezifischer  
1565 Gewalt flächendeckend schulen.
- 1566 • Sicherstellen, dass Opferschutz in allen Regionen gleichermaßen gewährleistet ist.

1567 **16. Kommunen und Landesentwicklung – Selbstverwaltung, Transparenz und**  
1568 **lebendige Gemeinden**

1569 Starke Kommunen sind das Rückgrat unseres Landes. Nur wenn Städte, Gemeinden und  
1570 Dörfer eigenständig entscheiden, über ihre Infrastruktur verfügen und die sozialen sowie  
1571 kulturellen Belange ihrer Bürgerinnen und Bürger gestalten können, entsteht lebendige  
1572 lokale Demokratie. Kommunales Handeln bedeutet Selbstverwaltung, lokale Teilhabe und  
1573 die Förderung gemeinschaftlicher Strukturen – und genau das wollen wir stärken.

1574

1575 **Starke Kommunen und Selbstverwaltung**

1576 Kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut, das es zu sichern und auszubauen gilt.  
1577 Nur so können Gemeinden ihre Infrastruktur, sozialen Angebote und kulturellen  
1578 Angebote eigenständig gestalten und zukunftsfähig bleiben.

1579 **Wir wollen:**

- 1580 • Erhöhung der pauschalen Zuweisungen an Kommunen, z. B.  
1581 Infrastrukturpauschale oder Regionalbudgets.
- 1582 • Mehr Gestaltungsfreiheit für Kommunen bei sogenannten freiwilligen Aufgaben,  
1583 damit sie eigenständig Entscheidungen treffen können.
- 1584 • Stärkung lokaler Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung bei Projekten und  
1585 Planungen.
- 1586 • Prüfung eines Kommunalentschuldungsprogramms, damit Kosten, die durch den  
1587 Bund entstehen, nicht auf den Kommunen lasten.
- 1588 • Förderung von Orten der Gemeinschaft, z. B. durch Programme für Dorfkneipen  
1589 oder kulturelle Treffpunkte.
- 1590 • Schutz und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere in ländlichen  
1591 Regionen, damit soziale Infrastruktur dauerhaft gesichert ist.
- 1592 • Überprüfung der Verwaltungsstrukturen nach der Kreisgebietsreform auf  
1593 Bürgernähe und Effizienz.

1594

1595 **Transparenz und Bürgerbeteiligung**

1596 Nachhaltige lokale Demokratie lebt von Vertrauen. Transparenz in Entscheidungen, klare  
1597 Strukturen und einfache Zugänge zu Informationen stärken die Mitwirkung der  
1598 Bürgerinnen und Bürger und reduzieren Politikverdrossenheit.

1599

1600

1601 **Wir wollen:**

- 1602 • Parlamentarischer Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen lassen und
- 1603 Entscheidungsprozesse transparenter gestalten.
- 1604 • Absenkung der Voraussetzungen für Volksbegehren und Volksentscheide, um
- 1605 direkte Demokratie zugänglicher zu machen.
- 1606 • Einführung eines Transparenzgesetzes mit einem leicht zugänglichen
- 1607 Informationsregister nach Hamburger Vorbild, um bürokratische Hürden und
- 1608 Kosten für Bürger:innen zu minimieren.
- 1609 • Verbesserte Verwaltungsprozesse durch direkten Zugang zu Informationen ohne
- 1610 formelle Antragsverfahren.

1611

1612 **Lokales Engagement und nachhaltige Entwicklung**

1613 Gemeinden sind Orte des Zusammenhalts, der Innovation und der Kultur. Sie müssen in  
1614 die Lage versetzt werden, eigenständig Projekte umzusetzen, nachhaltige Infrastruktur  
1615 zu schaffen und die Lebensqualität vor Ort zu sichern.

1616 **Wir wollen:**

- 1617 • Förderung lokaler Initiativen, Vereine und ehrenamtlicher Projekte, die das
- 1618 Gemeindeleben bereichern.
- 1619 • Unterstützung kommunaler Projekte im sozialen, kulturellen und ökologischen
- 1620 Bereich.
- 1621 • Stärkung von nachhaltigen Investitionen in Infrastruktur, Energieversorgung,
- 1622 Mobilität und Digitalisierung auf kommunaler Ebene.
- 1623 • Ausbau von Programmen, die Bürger:innen aktiv einbeziehen, etwa in der
- 1624 Stadtplanung oder bei Umweltprojekten.

1625

1626 **Gleichwertige Lebensverhältnisse stärken**

1627 Gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land, Küste und Binnenland,  
1628 Mecklenburg und Vorpommern sind keine Selbstverständlichkeit, sondern politischer  
1629 Auftrag. Wir wollen, dass alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern Zugang zu Bildung,  
1630 Kultur, Arbeit, Mobilität und Infrastruktur haben – unabhängig vom Wohnort.

1631 **Wir wollen:**

- 1632 • Gleiche Chancen und Teilhabe verbindlich in der Landesverfassung verankern.

- 1633 • Strukturschwache Regionen gezielt und dauerhaft fördern.
- 1634 • Vorpommern als Brückenregion stärken und die Kooperationen mit der
- 1635 Metropolregion Szczecin, Polen und dem Ostseeraum vertiefen.

1636

### 1637 **Städte, Dörfer und Regionen lebendig gestalten**

1638 Städte und Dörfer sind Lebens-, Arbeits- und Begegnungsorte. Ihre Entwicklung prägt die

1639 regionale Wirtschaft, Kultur und Daseinsvorsorge. Innenstädte müssen lebendig bleiben,

1640 Regionen eigenverantwortlich gestärkt werden. Dabei ist Bürgerbeteiligung zentral, um

1641 die Zukunft vor Ort gemeinsam zu gestalten.

### 1642 **Wir wollen:**

- 1643 • Innenentwicklung vor Außenentwicklung, Sanierung vor Neubau fördern.
- 1644 • Stadtprofile stärken, Innenstädte als lebendige Orte sichern und Stadt-Umland-
- 1645 Kooperationen ausbauen.
- 1646 • Das Regionalbudget aufstocken und Kommunen in der Umsetzung von
- 1647 Daseinsvorsorge, Wirtschaftsentwicklung und sozialer Infrastruktur unterstützen.
- 1648 • Bürgerbeteiligung und Formate wie den Bürgerrat Wohnen weiterentwickeln.

1649

### 1650 **17. Kunst und Kultur – verlässlich fördern, Vielfalt sichern**

1651 Kunst und Kultur sind kein Luxus, sondern eine Grundlage unseres Zusammenlebens und

1652 ein unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Sie schaffen Räume für

1653 Austausch, Kritik und Fantasie, stiften Identität und stärken den gesellschaftlichen

1654 Zusammenhalt. Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern sind

1655 kulturelle Angebote zentrale Orte der Begegnung und Teilhabe – in Städten wie im

1656 ländlichen Raum. Für uns als Die Linke ist klar: Kultur ist Teil der öffentlichen

1657 Daseinsvorsorge. Der Zugang zu Kunst und Kultur muss für alle Menschen offenstehen –

1658 unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort.

1659

### 1660 **Verlässliche Kulturförderung und starke öffentliche Verantwortung**

1661 Eine vielfältige Kulturlandschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Noch immer

1662 hängt kulturelle Arbeit vielerorts von unsicheren Haushaltslagen und kurzfristigen

1663 Förderentscheidungen ab. Das führt zu Ungleichheit, Unsicherheit und gefährdet

1664 kulturelle Vielfalt – insbesondere im ländlichen Raum. Deshalb wollen wir Kultur als  
1665 verbindliche öffentliche Aufgabe stärken und dauerhaft absichern.

1666 **Wir wollen:**

- 1667 • Die Verankerung von Kultur als Pflichtaufgabe in der Landespolitik.
- 1668 • Ein Kulturfördergesetz mit klaren und transparenten Fördergrundsätzen  
1669 einführen.
- 1670 • Verlässliche, mehrjährige Förderstrukturen statt kurzfristiger Projektlogik  
1671 etablieren.
- 1672 • Kommunen zur Sicherung kultureller Angebote vor Ort unterstützen.
- 1673 • Transparente, unbürokratische Förderverfahren und bessere Beratung anbieten.

1674

1675 **Gute Arbeit und künstlerische Freiheit sichern**

1676 Künstlerische Freiheit braucht materielle Sicherheit. Kunst darf nicht von Marktlogik  
1677 oder wirtschaftlichem Druck bestimmt werden. Gleichzeitig leisten Kulturschaffende und  
1678 Kreative hochqualifizierte Arbeit, die oft unter prekären Bedingungen stattfindet. Gute  
1679 Kulturpolitik bedeutet deshalb, sowohl die Freiheit der Kunst zu schützen als auch die  
1680 Arbeitsbedingungen derjenigen zu verbessern, die sie schaffen.

1681 **Wir wollen:**

- 1682 • Eine gezielte und beständige Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft.
- 1683 • Verbindliche Mindest- und Basishonorare bei öffentlich geförderten Projekten.
- 1684 • Gute Bezahlung einschließlich der Vor- und Nachbereitungszeiten.
- 1685 • Verbindliche Ausstattungsvergütungen.
- 1686 • Eine Stärkung der sozialen Absicherung (u. a. Künstlersozialkasse).
- 1687 • Den Schutz der Kunstfreiheit vor politischer Einflussnahme und Zensur stärken.

1688

1689 **Kulturelle Teilhabe, Bildung und Vielfalt**

1690 Kulturelle Teilhabe ist ein Recht für alle. Dieses Recht muss aktiv ermöglicht werden,  
1691 indem Barrieren abgebaut und vielfältige Zugänge geschaffen werden. Kultur soll die  
1692 gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln und Räume öffnen, in denen Menschen selbst  
1693 kreativ werden und sich einbringen können – von der frühen Kindheit bis ins  
1694 Erwachsenenalter.

1695 **Wir wollen:**

- 1696 • Finanzielle, soziale und bauliche Barrieren bei Kunst und Kultur abbauen.

- 1697 • Kulturelle Bildung in Kita, Schule und Erwachsenenbildung stärken.
- 1698 • Partizipative, sozio- und subkulturelle Angebote ausbauen und gleichberechtigt
- 1699 fördern.
- 1700 • Diskriminierungssensible und inklusive Förderstrukturen schaffen.
- 1701 • Unterrepräsentierte Gruppen gezielt fördern.
- 1702 • Film, Medienkunst und digitale Kulturformate stärken.
- 1703 • Nachwuchs- und Regionalproduktionen unterstützen.
- 1704 • Internationale Kooperationen, insbesondere im Ostseeraum, fördern.

1705

1706 **Kulturorte, Infrastruktur und kulturelles Erbe sichern**

1707 Kunst und Kultur brauchen Räume: Theater, Museen, Bibliotheken, Ateliers und

1708 soziokulturelle Zentren sind Orte der Begegnung und demokratischen Praxis. Gerade im

1709 ländlichen Raum sind sie unverzichtbar für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig

1710 ist der Erhalt des kulturellen Erbes eine zentrale öffentliche Aufgabe.

1711 **Wir wollen:**

- 1712 • Den Erhalt und Ausbau kultureller Infrastruktur im ganzen Land.
- 1713 • Kulturorte vor Verdrängung schützen und einen baurechtlichen Bestandsschutz
- 1714 für Kulturorte einführen.
- 1715 • Die Nutzung von Leerständen und öffentlichen Gebäuden für Kultur fördern.
- 1716 • Selbstverwaltete und freie Kulturorte unterstützen.
- 1717 • Denkmalschutz, Baukultur und Erinnerungskultur stärken.
- 1718 • Denkmalpflege und Klimaschutz besser miteinander verzahnen.

1719 **18. Digitales und Medien – gerecht, frei und demokratisch**

1720 Digitale Technologien und Medien durchdringen heute fast alle Lebensbereiche: Politik,

1721 Wirtschaft, Bildung, Kultur und persönliche Kommunikation. Sie eröffnen enorme

1722 Chancen, etwa durch besseren Zugang zu Wissen, neue Arbeitsformen und die Förderung

1723 demokratischer Teilhabe. Gleichzeitig bergen sie Risiken: Desinformation,

1724 Hassbotschaften, Überwachung und ungleiche Teilhabe können gesellschaftliche

1725 Spaltungen verschärfen und demokratische Strukturen gefährden.

1726 Unser Ziel ist es, digitale Potenziale für alle Bürger:innen nutzbar zu machen,

1727 Medienkompetenz zu fördern, den Einsatz von Künstlicher Intelligenz sozial zu gestalten

1728 und die individuellen Rechte zu schützen. Digitalisierung ist für uns Teil der

1729 Daseinsvorsorge – sie muss Menschen stärken, den ländlichen Raum fördern und  
1730 Innovationen dem Gemeinwohl dienen.

1731

### 1732 **Medienkompetenz und unabhängige Medien**

1733 Medien sind eine zentrale Grundlage für eine informierte und handlungsfähige  
1734 Gesellschaft. Sie prägen unser Verständnis von Politik, Kultur und Wissenschaft und  
1735 entscheiden, wie gesellschaftliche Diskussionen geführt werden. Gleichzeitig wachsen  
1736 Desinformation, manipulierte Inhalte und Hassbotschaften, besonders in sozialen  
1737 Medien. Medienkompetenz für alle Altersgruppen ist daher eine gesamtgesellschaftliche  
1738 Aufgabe.

### 1739 **Wir wollen:**

- 1740 • Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern finanziell stärken, um  
1741 Medienkontrolle und -bildung zuverlässig durchführen zu können.
- 1742 • Medienbildung auf allen Ebenen ausbauen: schulisch, außerschulisch und für  
1743 Erwachsene.
- 1744 • Lehrkräften und Pädagog:innen weiterbilden, um Medienkompetenz aktiv in  
1745 Unterricht und Projekte einzubinden.
- 1746 • Lehrpläne und Ausbildung modernisieren, um Medienbildung als verpflichtenden  
1747 Bestandteil zu stärken.
- 1748 • Bundespolitisches Engagement für Haftungs- und Sorgfaltspflichten von Tech-  
1749 Konzernen, insbesondere deren Verantwortung hinsichtlich des Kinder- und  
1750 Jugendschutzes sowie transparente Algorithmen und faire Besteuerung.

1751

### 1752 **Digitalisierung sozial, souverän und arbeitsmarktgerecht**

1753 Digitalisierung verändert Arbeitswelt, Wirtschaft, Verwaltung und Bildung grundlegend.  
1754 Sie kann Chancen für neue Arbeitsplätze, bessere Dienstleistungen und gesellschaftliche  
1755 Teilhabe eröffnen, birgt aber auch Risiken wie Arbeitsplatzverlust, Überwachung oder  
1756 Abhängigkeit von Tech-Giganten. Eine systematische, sozial gerechte Digitalstrategie ist  
1757 entscheidend, um Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfähig zu machen und die Teilhabe  
1758 aller Bürger:innen zu sichern.

### 1759 **Wir wollen:**

- 1760 • Eine Digitalstrategie „Digitales M-V“ mit klaren Zielen, Zuständigkeiten und  
1761 Finanzierungsquellen entwickeln.

- 1762 • Bildung, gute Arbeit, regionale Wirtschaft und bürgernahe Verwaltung im Rahmen  
1763 der Digitalisierung immer mitdenken.
- 1764 • Den Einsatz von Künstlicher Intelligenz sozial verträglich und transparent  
1765 gestalten.
- 1766 • Digitale Grundversorgung ausbauen: flächendeckend Glasfaser und Mobilfunk bis  
1767 2030, auch im ländlichen Raum.
- 1768 • E-Government stärken, das MV-Serviceportal ausbauen, in Personal, Hard und  
1769 Software investieren und die Nutzung von Open-Source-Lösungen priorisieren.
- 1770 • Forschung und Innovation im digitalen Bereich fördern und den Fokus auf  
1771 gesellschaftlichen Nutzen, regionale Innovationszentren und Kooperationen  
1772 zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft legen.

1773

#### 1774 **Digitale Selbstbestimmung und Datenschutz**

1775 Digitale Selbstbestimmung ist ein unverzichtbares Grundrecht in einer freien,  
1776 demokratischen Gesellschaft. Überwachungstechnologien, unkontrollierte Datennutzung  
1777 und Abhängigkeiten von großen Konzernen bedrohen individuelle Freiheit,  
1778 gesellschaftliche Teilhabe und das Vertrauen in digitale Technologien. Mecklenburg-  
1779 Vorpommern soll hier eine Vorreiterrolle übernehmen und die Rechte der Bürger:innen  
1780 stärken.

#### 1781 **Wir wollen:**

- 1782 • Den Einsatz von Überwachungstechnologien wie Staatstrojaner oder Quellen-TKÜ  
1783 reduzieren und strenger regulieren.
- 1784 • Digitale Selbstbestimmungsrechte stärken: Verschlüsselung als Standard, Ausbau  
1785 unabhängiger Kontrollmechanismen.
- 1786 • Datenmissbrauch wirksam schützen: durch staatliche oder private Akteure und  
1787 die Befugnisse der Datenschutzbeauftragten ausbauen.
- 1788 • Die Mitbestimmung, soziale Absicherung und Qualifizierung von Beschäftigten bei  
1789 digitalen Transformationsprozessen sichern.

1790

1791 **19. Verbraucherschutz – starke Rechte für alle**

1792 Verbraucherschutz ist ein zentraler Pfeiler für die Sicherheit, Teilhabe und das Vertrauen  
1793 der Menschen in unsere Gesellschaft. Er sorgt dafür, dass Verbraucher:innen informierte  
1794 Entscheidungen treffen können, ihre Rechte kennen und gegenüber Unternehmen und  
1795 Institutionen durchsetzen. In Mecklenburg-Vorpommern muss Verbraucherschutz alle  
1796 Menschen erreichen – unabhängig von Alter, Herkunft, Wohnort oder Einkommen. Die  
1797 Linke setzt auf umfassende Beratung, Verbraucherbildung und aktive Unterstützung, um  
1798 sicherzustellen, dass Verbraucher:innen in allen Lebensbereichen fair behandelt werden.  
1799 Dabei ist klar: Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die über alle Ressorts  
1800 hinweg umgesetzt werden muss.

1801

1802 **Beratung, Information und digitale Sicherheit**

1803 Um Verbraucher:innen wirksam zu schützen, brauchen sie zuverlässige Informationen,  
1804 kompetente Beratung und Schutz vor betrügerischen oder manipulativen Angeboten. Die  
1805 Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern ist hier ein unverzichtbares Bindeglied  
1806 zwischen Bürger:innen, Politik und Wirtschaft. Sie muss langfristig, personell und  
1807 finanziell gestärkt werden, damit sie ihre Aufgaben wirksam erfüllen kann.

1808 **Wir wollen:**

- 1809 • Die Verbraucherschutzzentrale Mecklenburg-Vorpommern dauerhaft gut  
1810 ausstatten und ihre Arbeit im ganzen Land absichern.
- 1811 • Beratung vor Ort sowie telefonische und digitale Beratungsangebote stärken.
- 1812 • Verbraucherbildung und leicht verständliche Informationen für alle  
1813 Altersgruppen ausbauen.

1814

1815 **Lebensmittel und Energie – fair, transparent, bezahlbar**

1816 Verbraucher:innen haben das Recht, nachvollziehen zu können, woher ihre Produkte  
1817 stammen und dass sie fair behandelt werden. Dies gilt insbesondere für Lebensmittel und  
1818 Energie, die zentrale Alltagsgüter darstellen. Der Schutz vor steigenden Kosten,  
1819 Transparenz bei Herkunft und Qualität sowie eine sozialverträgliche Gestaltung der  
1820 Energiewende sind entscheidend für ein gutes Leben in Mecklenburg-Vorpommern.

1821 **Wir wollen:**

- 1822 • Einheitliche, barrierefreie Kennzeichnungen für Lebensmittel auf Bundes- und EU-  
1823 Ebene, inklusive verbindlicher Regionalsiegel.

- 1824 • Uns auf Bundesebene für die Streichung der Mehrwertsteuer auf  
1825 Grundnahrungsmittel einsetzen.
- 1826 • Sicherung und Ausbau der Energieberatung, Schutz vor Energiearmut,  
1827 Vermeidung von Versorgungssperren und Einführung bezahlbarer  
1828 Ratenzahlungen.
- 1829 • Verbraucherschutzgerechte Umsetzung der Wärmewende, inklusive einer  
1830 unabhängigen Schlichtungsstelle Energie, die auch Fernwärme abdeckt.

1831

### 1832 **Pflege – Rechte stärken, Betreuung sichern**

1833 Pflege betrifft nicht nur die Betroffenen selbst, sondern auch deren Angehörige. Komplexe  
1834 Verträge, gesetzliche Vorgaben und unterschiedliche Pflegemodelle machen die Pflege zu  
1835 einem besonders sensiblen Bereich für Verbraucher:innen. Unabhängige Beratung ist  
1836 daher entscheidend, um Rechte durchzusetzen, Fehlentwicklungen frühzeitig zu  
1837 erkennen und Belastungen zu reduzieren.

#### 1838 **Wir wollen:**

- 1839 • Einrichtung einer unabhängigen Fachstelle Pflegerecht für Beratung zu Verträgen,  
1840 Beschwerden und Pflegefragen.
- 1841 • Frühzeitige Erkennung von Fehlentwicklungen im Pflegemarkt, um sowohl  
1842 Betroffene als auch Angehörige zu schützen.
- 1843 • Stärkung der Rechte von Pflegebedürftigen und Angehörigen durch klare, leicht  
1844 zugängliche Informationen und Unterstützung bei der Durchsetzung gesetzlicher  
1845 Ansprüche.

1846

### 1847 **20. Europa als Raum für Frieden, Kultur und Wissenschaft**

1848 Europa ist mehr als ein Kontinent – es ist ein gemeinsamer Lebens-, Lern- und  
1849 Arbeitsraum. Hier verbinden sich Menschen, Kulturen und Wissenschaft über Grenzen  
1850 hinweg. Für Die Linke Mecklenburg-Vorpommern ist Europa ein Friedens-, Kultur- und  
1851 Bildungsprojekt, das Solidarität, Zusammenarbeit und demokratische Mitgestaltung in  
1852 den Mittelpunkt stellt. Gerade in Zeiten globaler Herausforderungen zeigt sich: Europa  
1853 wird stark, wenn Menschen sich begegnen, zusammenarbeiten und Verantwortung  
1854 füreinander übernehmen.

1855

1856 **Frieden und Begegnung durch europäische Zusammenarbeit**

1857 Wir verstehen uns als Teil einer Friedensbewegung, die für friedliche Beilegung von  
1858 Konflikten statt Gewaltanwendung, für Sicherheitspartnerschaft statt Konfrontation, für  
1859 Abrüstung statt Aufrüstung, für Entmilitarisierung statt Militarisierung des öffentlichen  
1860 Lebens und für Verhandlungsfrieden statt Siegfrieden steht. Dabei wissen wir uns  
1861 vollständig auf dem Boden des Grundgesetzes. In ihm ist das Friedensgebot ebenso  
1862 verankert wie der Verteidigungsauftrag. Alles, was dem Friedensgebot zuwiderläuft und  
1863 über den Verteidigungsauftrag hinausgeht, erfährt unseren entschiedenen Widerstand.  
1864 Frieden entsteht nicht allein durch Verträge, sondern durch gelebte Begegnung.  
1865 Programme für Austausch, Städtepartnerschaften, grenzüberschreitende Netzwerke und  
1866 zivilgesellschaftliche Kooperation fördern Vertrauen, Verständigung und gegenseitige  
1867 Unterstützung. Junge Menschen, Kulturschaffende und Wissenschaftlerinnen arbeiten  
1868 gemeinsam an Projekten, die Nähe schaffen und Unterschiede als Bereicherung erfahrbar  
1869 machen.

1870 **Wir wollen:**

- 1871 • Stärkung europäischer Begegnungsprogramme und Austauschinitiativen.
- 1872 • Förderung von Jugend- und Kulturaustausch, Hochschulkooperationen und  
1873 zivilgesellschaftlicher Vernetzung.
- 1874 • Ein Europa des Alltags, in dem Zusammenarbeit und Solidarität friedensstiftend  
1875 wirken.

1876

1877 **Wissenschaft als Motor für gesellschaftlichen Fortschritt**

1878 Wissenschaft lebt vom internationalen Austausch und der freien Erkenntnissuche.  
1879 Mecklenburg-Vorpommern unterstützt Hochschulen und Forschungseinrichtungen als  
1880 aktive europäische Partner. Gemeinsame Forschungsprojekte ermöglichen Lösungen für  
1881 drängende Fragen wie Klimaschutz, Gesundheit, Bildung und soziale Gerechtigkeit.  
1882 Wissenschaft wird so zum verbindenden Element in Europa – frei, transparent und dem  
1883 Gemeinwohl verpflichtet.

1884 **Wir wollen:**

- 1885 • Ausbau europäischer Studien- und Forschungsnetzwerke.
- 1886 • Förderung von transnationalen Projekten zu Klima, Nachhaltigkeit, Bildung und  
1887 sozialer Gerechtigkeit.
- 1888 • Sicherung offener Zugänge zu Forschungsergebnissen und Wissenstransfer.

1889 **Kultur als verbindendes Element**

1890 Kunst und Kultur schaffen Begegnung und Verständigung über nationale Grenzen hinweg.

1891 Europäische Kulturprojekte, Festivals und Residenzen ermöglichen Austausch, stärken

1892 die regionale Kulturlandschaft und fördern demokratische Teilhabe. Gerade im

1893 Ostseeraum entstehen Netzwerke, die Vielfalt sichtbar machen und gegenseitigen

1894 Respekt stärken.

1895 **Wir wollen:**

1896 • Förderung grenzüberschreitender Kulturprojekte.

1897 • Unterstützung regionaler kultureller Zusammenarbeit, besonders im ländlichen

1898 Raum.

1899 • Kultur als aktive Kraft für Demokratie, Teilhabe und friedliches Zusammenleben.

1900

1901 **Regionen und Menschen in Europa stärken**

1902 Ein lebendiges Europa wächst von unten – durch Beteiligung, Mitgestaltung und regionale

1903 Vernetzung. Mecklenburg-Vorpommern bringt Erfahrungen von Kommunen,

1904 Hochschulen und Kultureinrichtungen aktiv in europäische Prozesse ein. Transparente

1905 Förderstrukturen und echte Mitwirkungsmöglichkeiten sorgen dafür, dass europäische

1906 Politik nah bei den Menschen bleibt.

1907 **Wir wollen:**

1908 • Ausbau demokratischer Beteiligung auf europäischer Ebene.

1909 • Unterstützung regionaler Projekte, die europaweite Zusammenarbeit fördern.

1910 • Förderung internationaler Solidarität durch Bildung, Kultur und Wissenschaft.

1911

1912